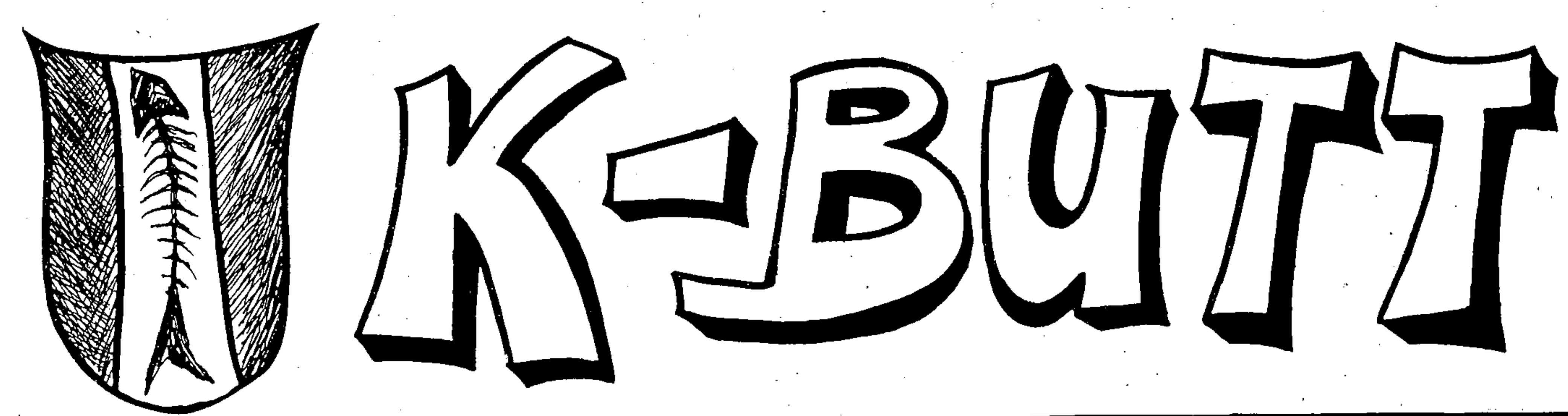


kost nix
solibeitrag erwünscht

VÄLZISCHE PFOLXZEITUNG
kaiserslautern

nummer 13
herbst 1995

Inhalt

Oh, ihr Unglücklichen !
Eurem Bruder wird Gewalt angetan, und ihr kneift die Augen zu !
Der Getroffene schreit laut auf, und ihr schweigt ?
Der Gewalttätige geht herum und wählt sein Opfer
Und ihr sagt: uns verschont er, denn wir zeigen kein Mißfallen.
Was ist das für eine Stadt, was seid ihr für Menschen !
Wenn in einer Stadt ein Unrecht geschieht, muß ein Aufruhr sein
Und wo kein Aufruhr ist, da ist es besser, daß die Stadt untergeht
Durch ein Feuer, bevor es Nacht wird !

(Bert Brecht)

kein ruhiges hinterland !

Zum Geleit

So, da ist sie nun also endlich, die wilde Dreizehn der K-BUTT. Nach dem tiefen Sommerloch, das hauptsächlich mit Aktionen für das Leben von Mumia Abu-Jamal gefüllt war, ist es uns reichlich schwergefallen, die neue Zeitung fertigzustellen. Aber nun ist es geschafft.
Uns ist aufgefallen, daß fast alle Texte von Repression und Kriminalisierung handeln. Christian Klar war im Hungerstreik, und kaum eine/r hat es gemerkt, was auch den Medien zu verdanken ist; die radikal wird zur kriminellen Vereinigung gemacht, vier Leute sitzen im Knast, sieben weitere sind auf der Flucht. Aber zu Zeiten, in denen die deutsche Armee zu einem neuen Krieg aufbricht, muß im Innern wohl mit aller Gewalt für Ruhe gesorgt werden. So erreichten uns auch in letzter Minute Berichte von der Zerschlagung der Proteste in Köln, die sich gegen das Verbot der Kurdistan-Solidemo richteten.
Und trotzdem, es gibt auch Positives zu berichten. Der „Spinnrädchen" Prozeß ist mit vier Freisprüchen zu Ende gegangen.
Auch das Thema Befreiungsbewegungen kommt nicht zu kurz. Wir haben einen Text der Antifaschistischen Initiative Saar, der sich mit Mexico und Chiapas beschäftigt, in die Zeitung genommen, den wir für eine gute Ergänzung unserer Amerika-Thematik in den letzten Nummern halten. Ein weiterer Text beschäftigt sich mit dem „Völker- und Kriegsrecht" in Hinblick auf den kurdischen Kampf um Selbstbestimmung.
Artikel wie zu der Demo gegen das Gelöbnis in Wadern oder der Aufruf zu der Demo gegen Abschiebeknäste in Kassel zeigen aber auch, daß es den Herrschenden nicht (immer) gelingt, unseren Protest und Widerstand zu zerschlagen.
Wir denken, daß ihr auf die nächste Ausgabe unserer Zeitung nicht so lange warten müßt, wie auf diese hier und hoffen, daß das Warten sich gelohnt hat.
Zum Schluß, um noch mal Parolen zu strapazieren: Macht K-BUTT, was euch K-BUTT sagt !

Viel Vergnügen.



herausgeberin: **k-butt-redaktion c/o lokal-kolorit gasstraße 41 67655 kaiserslautern**

anschrift und vertrieb: siehe oben

k-butt-abo: für zehn dm (in briefmarken oder bar, nur im voraus) bekommt ihr vier ausgaben zugeschickt. mit diesem betrag finanzieren wir auch die kostenlosen knast-abos. wir halten natürlich keine/n davon ab, auch mehr zu geben. schreibt bitte dazu, ab welcher nummer das abo laufen soll.
restexemplare von älteren ausgaben schicken wir euch für vier dm in briefmarken (porto) zu.

bankverbindung: konto-nummer 117 018 010 • stadtsparkasse kaiserslautern • blz 540 501 10

gesamtherstellung: eigendruck im selbstverlag

v.i.s.d.p.: franz etscheid, eisenbahnstraße 33, kaiserslautern

Freispruch für alle ! Prozeßbericht

vom Verfahren gegen vier Antifaschisten am 12. und 17. Oktober in Saarbrücken

Nach vierjähriger Verfahrensdauer, nach einem ersten, vom Staatsanwalt zum Platzen gebrachten Prozeß, ist der "Spinnrädchen"-Prozeß jetzt endlich zu Ende.
Die vier Antifaschisten, denen vorgeworfen worden war, 1991 an einem Angriff auf die damalige Fascho-Kneipe "Spinnrädchen" in St.Ingbert beteiligt gewesen zu sein (siehe K-BUTT Nummer 5 und 6), wurden freigesprochen.
An den beiden Prozeßtagen wurde nun das volle Ausmaß der einseitig und dazu noch schlampig geführten Ermittlungen deutlich. Auch wenn die geladenen Fascho-Zeugen sich an kaum etwas erinnern wollten und sich gegenseitig widersprachen, so waren sie sich doch in einem einig: sie durften bei der damaligen Gegenüberstellung zusammen beratschlagen, wer von den Festgenommenen nun was getan haben sollte. Auch wenn der Staatsschützer Risch, der heute in Berlin sein Unwesen treibt, diesen Aussagen nach dem Motto "was nicht sein darf, kann auch nicht sein" widersprach, was bei einem beteiligten Rechtsanwalt zu dem Schluß führte, Risch habe knallhart gelogen, so sah sich dann auch der Staatsanwalt genötigt, dreimal Freispruch zu fordern. Um seine "Ehre" zu retten, versuchte er dann noch, den damaligen Fahrer des Busses wegen Beihilfe verurteilen zu lassen. Aber auch dieser Versuch ging daneben.
Der Richter, der schon zu Beginn des ersten Prozeßtages seine Unlust zum Ausdruck brachte, weiter zu verhandeln, sprach alle vier Angeklagten frei, was aufgrund der "Beweise", die wie ein Kartenhaus in sich zusammenfielen, kaum noch anders zu erwarten war.
Während beider Prozeßtage waren 20-30 GenossInnen im Gerichtssaal anwesend, die ihre Solidarität mit den Angeklagten zeigten. Auch das SEK, das in Saarbrücker Gerichtssälen gerne drauflosprügelt (siehe auch K-BUTT 12), war in einem leeren Saal nebenan in Warteposition, durfte aber nicht losschlagen.
Im folgenden dokumentieren wir die Prozeßerklärung eines der Angeklagten, die aufgrund der Umstände nicht im Gerichtssaal verlesen wurde:
Auch wenn der Prozeß jetzt endlich mit Freisprüchen zuende gegangen ist, so müssen die Angeklagten doch ihre zum Teil sehr hohen Anwalts-Rechnungen selbst bezahlen.
Falls du noch ein bißchen Geld übrig hast, auf dem Soli-Konto, Nummer 100 895 630 bei der Kreissparkasse Kaiserslautern, BLZ 540 502 20 ist noch reichlich Platz.

Kampf der Klassenjustiz

Prozeßerklärung eines Angeklagten zum Spinnrädchen-Prozeß (Oktober 1995)

Ich möchte am Anfang dieser Erklärung nochmals daran erinnern, daß die Tat, die scheinbar Ausgangspunkt dieses Prozesses sein soll, nun schon mittlerweile vier Jahre zurückliegt. In diesem Zeitraum hat sich die politische Situation in diesem Staat nicht zum Positiven verändert, wie uns viele weismachen wollen, nur wegen der Tatsache, daß die Zahl faschistischer Anschläge zurückging. Durch diese Anschläge wurden von diesem Staat getragene rassistische Manifestationen, wie die Einschränkung des Asylrechts bis zur Unkenntlichkeit, erst möglich. Das gleiche gilt für die Verschärfung der Gesetze zur sogenannten Inneren Sicherheit.

Vor vier Jahren war die Zeit der rassistischen Mordanschläge und Pogrome gegen Nichtdeutsche, vor allem Flüchtlinge. Die staatstragenden Medien und PolitikerInnen traten eine Kampagne los, die vor Überfremdung warnte, Flüchtlinge dämonisierte und damit einem rassistischen Rollback bahnbrach, den viele junge Menschen so noch nicht erlebt hatten. In diesem Kontext waren die Morde und die Propaganda neo-nazistischer Gruppen und Organisationen nur als Konsequenz dieser weite gesellschaftliche Teile erfassenden Pogromstimmung zu begreifen. Viele Menschen, die diesem unmenschlichen Treiben nicht länger zuschauen konnten, gingen zu Demonstrationen. Vereinzelt organisierten sie sich. In dieser Zeit geschah auch der Mord an Samuel Yeboah. Einen Ghanesen, der mit vielen anderen Flüchtlingen in Saarlouis-Fraulautern untergebracht wurde.

Die Fakten, warum ich und die drei Mitangeklagten hier verurteilt werden sollen, lassen sich darauf verdichten, daß wir innerhalb der antirassistischen Mobilisierung gegen diesen Mordanschlag und den staatlichen Rassismus an einer Demonstration in Saarbrücken teilnahmen.

Der Rest an sogenanntem Beweismaterial ist ohne die Aussage damals aktiver Straßenfaschisten nichtig. Aber genau auf diesen Aussagen baut die Staatsanwaltschaft den ganzen Prozeß auf. Daß Polizeibeamte einen schwarzen Bus durch St.Ingbert fahren gesehen haben wollen, und das zur Stütze für die Aussagen dieser Faschisten aufgebaut wird, zeigt nur wie dünn das Eis ist, auf dem die Anklage steht. Staatsanwalt Zöcke erklärte zum Beispiel die Aussagen des Faschisten O. Neumüller für glaubwürdig, auf der Grundlage, daß dieser aussagte, sich nun nur noch gewaltfreier Mittel zu bedienen, um seine Ziele zu erreichen. Damit gibt Staatsanwalt Zöcke ihm die Möglichkeit, sein Ziel, AntifaschistInnen zu denunzieren und einer Strafe zuzuführen, über die legaljuristische Schiene zu erreichen. Durch seine Vorstrafen ist es für ihn existentiell zu gefährlich, wie gehabt zu handeln und AntifaschistInnen zusammenzuschlagen.



Dieser Prozeß ist nur einer von vielen der letzten Jahre, in denen sich Straßenfaschisten als brave Bürger darstellen und der Justiz die Legitimation für die Verurteilung von AntifaschistInnen geben. Parteiische und von vornherein auf uns als Täter angelegte Ermittlungen des Staatsschutzes finden genauso ihre Entsprechung in vielen anderen Prozessen. Deshalb ist der hier stattfindende Prozeß ein politischer, der mit all seiner Methodik sich selbst als Akt der Klassenjustiz, die auf die Durchführung der Interessen der Herrschenden ausgerichtet ist, denunziert. Er ist ein Mittel zur Abschreckung und Einschüchterung all jener, die bereit sind, dem Naziterror und dem staatlichen Rassismus ihren Widerstand entgegenzusetzen.

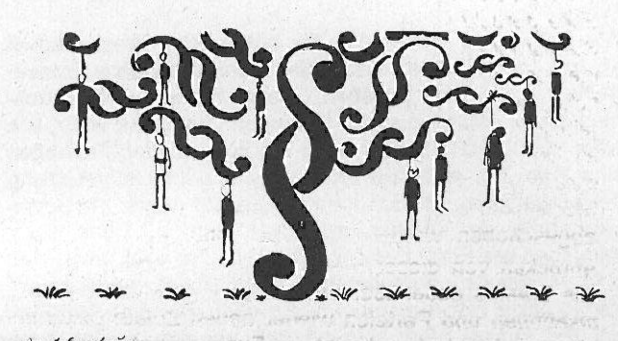
Daß dieser Prozeß hier in Saarbrücken nicht der einzige seiner Art ist, zeigten zuletzt die Prozesse gegen GenossInnen am 2. Juni diesen Jahres; im Prozeß vor dem Landgericht gegen eine Genossin wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Organe nach §90, durch Sendungen des Radios Harte Zeiten im offenen Kanal Saarbrücken. Obwohl sie wegen in den Sendungen getroffener politischer Aussagen, die durch die Kriminalisierung schon zum Absetzen dieses Radioprogramms geführt haben, angeklagt war, wurde sie gehindert und sogar mit Knast dafür bestraft, daß sie auf diese Anklage politisch antworten wollte.

Auch Prozesse gegen KurdInnen in Saarbrücken, wie der gegen Kadir B. am 12. Mai diesen Jahres sind Beispiele, die den Charakter der Staatsanwaltschaft als Teil der Klassenjustiz klarmacht und das Bewußtsein ihrer Mitglieder offenbart. Ein Geschichtsrevisionismus übelster Sorte zeigte sich in Plädoyers, in denen das Emblem der PKK mit Hakenkreuzen verglichen wird. Für Staatsanwälte, die solches von sich geben, muß der Völkermord der Nazis entweder gar nicht existent gewesen sein, oder als nicht so schlimm empfunden werden. Wenn so Argumente der Totalitarismus-Doktrin angewendet werden, geht es um Antikommunismus in reinster Form; gerade wenn in anderen Prozessen Straßenfaschisten, die gewaltfrei zu agieren vorgeben, zu Verbündeten werden. Die Totalitarismus-Doktrin ist spätestens seit dem 8. Mai diesen Jahres mit der breitspurigen Inszenierung des „Tages der Befreiung" als Schlußstrich unter den mörderischen Teil der deutschen Geschichte zur Staatsdoktrin geworden. Unter ihr wird die NS-Vernichtungs- und Völkermordpolitik negiert, indem die DDR, sowie die ganze Politik des nominal-sozialistischen Staatenbundes, sowie anderer sozialistischer Modelle mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt werden. Der kommunistische Widerstand, sowie das Festhalten an den Grundsätzen marxistischen Denkens und Handelns heute, wird in die gleiche Ecke gerückt wie der NS-Faschismus, und als totalitäres Staatsmodell denunziert. Unter Zurhilfenahme solcher ideologischer Konstruktionen soll die derzeitige rassistische, auf Repression aufgebaute Herrschaftsform als die „einzig wirklich" demokratische verkauft werden, zu dem es keine Alternative gibt und geben kann. Andererseits wird jede Kritik am sogenannten Asylkompromiß, der die Möglichkeit eröffnete, daß Menschen in Folter und Krieg abgeschoben werden, damit gekontert, daß durch ein Abrücken von dieser menschenverachtenden Praxis dieses Staates gegenüber Flüchtlingen faschistische Organisationen und Parteien wieder neuen Zulauf bekommen könnten. Nichts beschreibt die Funktion nationalfaschistischer Gruppen in der BRD und die ideologische Verbindung zu den Herrschenden so gut wie diese Drohung. Daß eine solche Politik auch in der Justiz ihre Entsprechung findet, ist notwendiger Bestandteil einer solchen Politik und wichtig für ihre Aufrechterhaltung.

Längst hat die ökonomische und politische Großmacht BRD ihre Art der Abschottung nach außen, vor den Menschen, die weltweit am meisten unter imperialistischer Kontrolle und kapitalistischen Verwertungsbedingungen zu leiden haben, zum europäischen Standard gemacht, der nach Osten hin noch verstärkt durch Drittstaatenregelung und Deportationsabkommen (z.B. gegenüber Sinti und Roma oder VietnamesInnen) ein System geschaffen hat, das Flüchtlingen kaum mehr Chancen läßt, in die BRD zu gelangen. Obwohl dieses System schon hervorragend funktioniert, wird weiter am Ausbau und an der Perfektionierung dieser Abschottungspolitik gearbeitet. Flüchtlinge, die es schaffen, in die BRD einzureisen, werden mit einem Apartheitssystem konfrontiert, das darauf ausgelegt ist, NichteuropäerInnen gesellschaftlich auszuschließen. Die staatlich getragene Hetze wie z.B. über eine mutmaßlich steigende „Ausländerkriminalität" tut ihr übriges. Die Realität von Flüchtlingen besteht aus Containerlagern, Abschiebeknästen, miserabler Versorgung, absoluter Rechtlosigkeit und endet oftmals mit der Abschiebung.

Ein anderer immer wiederkehrender Faktor der Entwicklung in den letzten vier Jahren sind die meist rassistisch begründeten Bedrohungsszenarien durch „organisierte Kriminalität" (Stichwort: „ausländische Mafia") und „internationalen Terrorismus", die einen Überwachungsapparat legitimieren soll, der in alle gesellschaftlichen und privaten Bereiche vorrückt. Hier sei nur die ständige Diskussion um den großen Lauschangriff erwähnt.

Unter Ausnutzung des gesellschaftlich verankerten Rassismus werden vor allem KurdInnen und Kurden in der BRD mit allen Mitteln verfolgt. Ihre Organisation wurde größtenteils mit konstruiertem §129a-Vorwurf verboten. Der 16jährige Plakatkleber Halim Dener wurde von hinten von deutschen Polizisten erschossen. Über 300 KurdInnen sitzen als politische Gefangene in BRD-Knästen. Dieser Terror, der gegen eine ganze Bevölkerungsgruppe gerichtet ist, zeigt vor allem, daß diesem Staat inklusive seiner politischen und juristischen Organe jedes Mittel recht ist, um seine imperialistischen Interessen weltweit durchzusetzen. So findet die offene Unterstützung der NATO-Partnerin Türkei mit Waffen, Krediten und Ausbildungshilfen für die sogenannten Sicherheitskräfte, ohne die der Krieg gegen die kurdische Bevölkerung schon längst nicht mehr zu gewinnen wäre, ihre Entsprechung im Staatsterrorismus hier. Es sind die gleichen, teilweise modernisierten und modifizierten Methoden der Unterdrückung und Vernichtung von linkem Widerstand, die dieser Staat ab dem Zeitpunkt einsetzte, als in der BRD der 70er Jahre bewaffnete Gruppen ernsthaft die imperialistischen Interessen der westlichen Industrienationen (damals vor allem den starken Einfluß des US-Imperialismus) gefährdeten, indem sie sich als den in den Metropolen kämpfenden Teil der internationalen Befreiungsbewegungen sahen.



Killfahndung, Isolationsfolter, die juristische Konstruktion des §129a und Kronzeugen sind heute alltägliche Werkzeuge des modernisierten deutschen Justiz- und Polizeiapparats. Stammheim, lange Zeit Synonym für diese Politik, ist heute ein beliebter deutscher Exportartikel. Sieglinde Hofmann, Gefangene aus der RAF, wurde im September diesen Jahres in Stammheim auf der Grundlage von mit Hafterleichterung gekauften ZeugInnenaussagen zu lebenslänglich verurteilt. So steht nun für alle politischen Gefangenen aus der RAF, als einoder mehrfach zu lebenslänglich Verurteilte, die ihre Geschichte und Identität nicht verkaufen wollen, die Bedrohung im Raum, den Knast nur noch im Zinksarg verlassen zu können.

Die Situation dieser politischen Gefangenen - die nach bis zu 20 Jahren Knast immer noch nicht zusammenkommen dürfen, und bei denen versucht wird, sie durch Zensur und andere Haftstatute von der Kommunikation und Diskussion mit FreundInnen und GenossInnen draußen abzuschneiden - soll die Perspektive für all diejenigen aufzeigen, die sich im antagonistischen Widerspruch zum System des Imperialismus und der Repression begreifen und daraus ihre Praxis entwickeln.

Das Interesse der Herrschenden ist jetzt wie schon immer auf das Ziel ausgerichtet, jeden organisierten Widerstand von vorn herein zu kriminalisieren und nicht zur Entfaltung kommen zu lassen. Prügelorgien und Kesseltreiben gegenüber DemonstrantInnen, Bespitzelungen und Festnahmen, Einschränkungen des Demonstrationsrechts, Aufrüstung der Polizei und verschärfte Polizeigesetze sind genauso Teil der Herrschaftssicherung wie dieser Prozeß. Ein weiteres Beispiel für die repressive Politik der Herrschaftssicherung waren die bundesweit durchgeführten Razzien am 13. Juni diesen Jahres, die über 30 verschiedenen Projekte und Privatwohnungen betrafen und von Innenminister Kanther lakonisch als „Präventivschläge" bezeichnet wurden. Begründet wurden die Razzien allesamt mit Konstrukten auf Grundlage des §129 bzw. §129a (Mitgliedschaft in oder Unterstützung einer kriminellen bzw. terroristischen Vereinigung). Da wird versucht, eine Zeitung von den Texten bis zur Herstellung zur kriminellen Vereinigung zu machen. Das alles mit Begründungen, die als Grundlage dafür dienen können, in Zukunft alle Zeitungen zu kriminalisieren, die Texte aus der radikalen Linken abdrucken oder sich in diesen Zusammenhang stellen wie die betroffene „radikal". Hausdurchsuchungen im Zusammenhang mit den militanten Gruppen K.O.M.I.T.E.E. und AntiImperialistischen Zellen werden nach dem Gieskannenprinzip vorgenommen. Auch wurde eine Durchsuchung mit Ermittlungen wegen Mitgliedschaft in der RAF begründet. Vorläufiges Ergebnis ist, daß vier Genossen unter Isolationshaftbedingungen in Untersuchungshaft sitzen, ein weiterer in Beugehaft. Außerdem haben sich vier GenossInnen der Verhaftung entzogen.

Mit dem weiteren Drehen an der Repressionsschraube zeigen die Organe der inneren Sicherheit, daß sie der radikalen Linken keine Chance lassen wollen, sich zu organisieren.

Zu Zeiten kapitalistischer Umstrukturierungen der Produktions- und Verwertungsprozesse, die das Ziel haben, die Ausbeutungsbedingungen für das Kapital zu verbessern und festzuschreiben, mit den Ergebnissen steigende Arbeitslosigkeit, Leistungskürzungen und Programmen zur Institutionalisierung von Zwangsarbeit, wird es für die Herrschenden zur Notwendigkeit, jeden Ansatz linken Widerstands zu neutralisieren. Das gleiche wird sich auch in staatlichen Angriffen gegen die Formierung linken Widerstandes gegen die NATO-Kriegspolitik und den deutschen Imperialismus zeigen; bei den Energien, die die Herrschenden an den Tag legen, die BRD auch zu einer militärischen Großmacht zu formen. Kriegseinsätze wie sie zur Zeit in Ex-Jugoslawien stattfinden, sind nur der Anfang einer weiteren Militarisierung der BRD-Außenpolitik, um damit die ökonomische Weltmachtstellung auszubauen und ihre Interessen im innerimperialistischen Machtspiel durchzusetzen. Hier kann eine aktive antimilitaristische und antiimperialistische Widerstandslinke zum Störfaktor bei der Durchsetzung imperialistischer Zerstörungspolitik werden.

Eine der Grundlagen auf der sich - aller staatlichen Repression trotzend - wieder ein relevanter linker Widerstand aufbauen kann, ist das Prinzip der Solidarität und des aktiven solidarischen Handelns mit allen Ausgebeuteten und Unterdrückten, die gegen ihre Lebensbedingungen aufbegehren. Daß dieses Prinzip erfolgreich sein kann, hat die Kampagne für das Leben von Mumia Abu-Jamal bewiesen. Ohne daß Menschen aus den USA, Europa, Südafrika aufgestanden wären, um Mumia Abu-Jamals Hinrichtung zu verhindern, wäre er nicht mehr am Leben. Das gemeinsame Handeln vieler Menschen weltweit gegen diesen geplanten, legalen Mord der US-Klassenjustiz hat eine Aufschiebung bewirkt, die es möglich macht, den Kampf für das Leben von Mumia Abu-Jamal und gegen die Todesstrafe, wie sie forciert in den USA praktiziert wird, weiterzuentwickeln und zu verbreitern.

Unsere (damit meine ich den Rest der radikalen Linken) Solidarität muß zu einer Kraft werden, deren Einsatz die mörderischen und repressivsten Machenschaften stoppen kann. Wir dürfen nicht zulassen, daß Menschen, auf welcher Ebene auch immer, schutzlos staatlicher Repression ausgeliefert sind. Der Kampf für diese Menschen ist ein wichtiger Teil unserer Kraft, die uns glaubwürdig macht gegenüber den Menschen, die die Vorstellung von einem besseren Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung noch nicht ganz aufgegeben haben.



Weiter möchte ich nochmals darauf hinweisen, daß es sich bei dieser Erklärung um meine Position zu diesem Prozeß handelt. Begründet ist dieser Schritt aus der Tatsache heraus, daß es sich bei der Gruppe, die aus dem Bus heraus festgenommen wurde, nicht um eine feste Gruppe handelte, die gemeinsam ihre Handlungen bestimmten, sondern um einen zusammengewürfelten Haufen von Menschen, die nur die Tatsache vereinte, der faschistischen Mobilisierung in der BRD nicht weiter zuschauen zu können und deshalb auf der Demonstration in Saarbrücken waren. Mir ist klar, daß das Gericht und die Staatsschutzapparate bewußt genau aus diesen Gründen den Prozeß verschleppt haben, um ein gemeinsames politisches Auftreten der Angeklagten, wie es im letzten Prozeß noch möglich war, zu verhindern.

Ich zumindest stehe zum Prinzip der Aussageverweigerung gegenüber der Klassenjustiz aus dem Bewußtsein heraus, daß auch die eigene, sich selbst entlastende Aussage für GenossInnen, die auch vor den Kadi geschleift werden, ein Druck entsteht, sich zu erklären. So kann sich eine Praxis herausbilden, die einen politischen Prozeß auf die Frage von Unschuld und Schuld reduziert, und GenossInnen delegitimiert, die aus ihrer Überzeugung heraus die Praxis von Klassen- und Gesinnungsjustiz angreifen und sich nicht auf juristische Spiele einlassen wollen.

Ich bleibe dabei, daß es sich hier um ein politisches Verfahren handelt, das staatlichen Rassismus und staatliche Repression zu legitimieren versucht. Dieses Spiel spiele ich nicht mit.

An die Nachgeborenen

I

Wirklich, ich lebe in finsteren Zeiten!
Das arglose Wort ist töricht. Eine glatte Stirn
Deutet auf Unempfindlichkeit hin. Der Lachende
Hat die furchtbare Nachricht
Nur noch nicht empfangen.

Was sind das für Zeiten, wo
Ein Gespräch über Bäume fast ein Verbrechen ist
Weil es ein Schweigen über so viele Untaten einschließt!
Der dort ruhig über die Straße geht
Ist wohl nicht mehr erreichbar für seine Freunde
Die in Not sind?

Es ist wahr: ich verdiene noch meinen Unterhalt
Aber glaubt mir: das ist nur ein Zufall. Nichts
Von dem, was ich tue, berechtigt mich dazu, mich sattzuessen.
Zufällig bin ich verschont. (Wenn mein Glück aussetzt, bin ich verloren.)

Man sagt mir: Iß und trink du! Sei froh, daß du hast!
Aber wie kann ich essen und trinken, wenn
Ich dem Hungernden entreiße, was ich esse, und
Mein Glas Wasser einem Verdurstenden fehlt?
Und doch esse und trinke ich.

Ich wäre gerne auch weise.
In den alten Büchern steht, was weise ist:
Sich aus dem Streit der Welt halten und die kurze Zeit
Ohne Furcht verbringen
Auch ohne Gewalt auskommen
Böses mit Gutem vergelten
Seine Wünsche nicht erfüllen, sondern vergessen
Gilt für weise.
Alles das kann ich nicht:
Wirklich, ich lebe in finsteren Zeiten!

II

In die Städte kam ich zur Zeit der Unordnung
Als da Hunger herrschte.
Unter die Menschen kam ich zu der Zeit des Aufruhrs
Und ich empörte mich mit ihnen.
So verging meine Zeit
Die auf Erden mir gegeben war.

Mein Essen aß ich zwischen den Schlachten
Schlafen legte ich mich unter die Mörder
Der Liebe pflegte ich achtlos
Und die Natur sah ich ohne Geduld.
So verging meine Zeit
Die auf Erden mir gegeben war.

Die Straßen führten in den Sumpf zu meiner Zeit.
Die Sprache verriet mich dem Schlächter.
Ich vermochte nur wenig. Aber die Herrschenden
Saßen ohne mich sicherer, das hoffte ich.
So verging meine Zeit
Die auf Erden mir gegeben war.

Die Kräfte waren gering. Das Ziel
Lag in großer Ferne
Es war deutlich sichtbar, wenn auch für mich
Kaum zu erreichen.
So verging meine Zeit
Die auf Erden mir gegeben war.

III

Ihr, die ihr auftauchen werdet aus der Flut
In der wir untergegangen sind
Gedenkt
Wenn ihr von unseren Schwächen sprecht
Auch der finsteren Zeit
Der ihr entronnen seid.
Gingen wir doch, öfter als die Schuhe die Länder wechselnd
Durch die Kriege der Klassen, verzweifelt
Wenn da nur Unrecht war und keine Empörung.

Dabei wissen wir doch:
Auch der Haß gegen die Niedrigkeit
verzerrt die Züge.
Auch der Zorn über das Unrecht
Macht die Stimme heiser. Ach, wir
Die wir den Boden bereiten wollen für Freundlichkeit
Konnten selber nicht freundlich sein.

Ihr aber, wenn es soweit sein wird
Daß der Mensch dem Menschen ein Helfer ist
Gedenket unsrer
Mit Nachsicht.

(Bert Brecht)

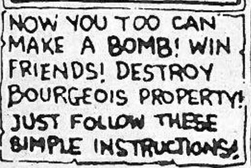
Lebt und lest RADIKAL

Am 13. Juni stürmten vermummte SEK- und Staatsschutzbullen in der größten bundesweiten Aktion seit Jahren 55 Wohnungen, Arbeitsplätze und andere Räume verschiedener linker Menschen in 10 -meist norddeutschen- Städten. Auf Anordnung der Bundesanwaltschaft (BAW) wurden alle Räume durchsucht, alles mögliche wurde beschlagnahmt (von Computern über Bücher, Briefe bis hin zu Bankauszügen) und 4 Menschen festgenommen.
Begründet wurde diese Großaktion mit 4 verschieden Ermittlungsverfahren wegen § 129 (kriminelle Vereinigung) und 129a (Mitgliedschaft in oder Werbung für eine terroristische Vereinigung):
- gegen angebliche HerstellerInnen der "radikal", die seit 1984 verdeckt erscheint,
- gegen angebliche Mitglieder der Gruppe "DAS K.O.M.I.T.E.E.",
- gegen angebliche Mitglieder und UnterstützerInnen der AIZ (Antiimperialistische Zellen),
- gegen eine Frau aus Köln wegen angeblicher Mitgliedschaft in der RAF.

Knast und Haftbefehle
Seit dem 13.6.sitzen 4 Männer (Ralf aus Rendsburg, Andreas aus Lübeck, Werner aus Berlin und Rainer aus Münster) unter den bekannten Isolationshaftbedingungen in Untersuchungshaft, 4 weitere Menschen werden im radikal-Zusammenhang gesucht, ebenso drei Leute, denen K.O.M.I.T.E.E.-Mitgliedschaft vorgeworfen wird.
Zudem wird noch gegen mindestens 21 Menschen wegen radikal und 9 wegen AIZ ermittelt.
Seit dem 4.Juli sitzt auch Ulf aus Bremen im Knast. Er wurde zu 5 Monaten Beugehaft verurteilt, weil er sich weigerte, Aussagen zu dem Aufenthaltsort seines Mitbewohners zu machen, der wegen radikal gesucht wird.

Die einzelnen Konstrukte
DAS K.O.M.I.T.E.E. trat erstmals mit einem Anschlag auf ein Bundeswehr-Gebäude 1994 in Erscheinung. In ihrer Erklärung bezogen sich die Mitglieder auf die deutsche Militärunterstützung für die Türkei.
Am 11.4.95 versuchte DAS K.O.M.I.T.E.E. den Abschiebeknast-Neubau in Berlin-Grünau zu sprengen. Aufgrund einer Panne fand eine Polizeistreife zwei Autos, eines mit der Bombe, das andere mit Ausweisen und anderen persönlichen Papieren, wegen denen jetzt die drei Leute gesucht werden. Am 6.9. meldete sich die Gruppe mit einer Erklärung zu Wort, in der sie einiges klar stellt: "[...] Wir müssen aus diesen Fehlern [gemeint ist Grünau] Konsequenzen ziehen. Die Funktionalisierung von Personen, die wir der Justiz in die Hände gespielt haben, können wir durch unser Bedauern nicht rückgängig machen. Wir können nur versuchen, soweit das in unserer Macht steht, den Schaden zu begrenzen. Unserer eingangs des Papieres formulierten Verantwortung sind wir nicht gerecht geworden. Der von uns anvisierte Effekt, mobilisierend auf die radikale Linke zu wirken, hat sich durch unser Scheiten und durch die Art des Scheiterns ins Gegenteil verkehrt.
Wir werden unsere politische Arbeit als K.O.M.I.T.E.E. beenden. Diese Entscheidung haben wir aufgrund der Gesamtheit der von uns verursachten Fehlern gefällt.[...]
Unsere Entscheidung ist kein Abgesang auf militante Politikformen im Allgemeinen, sondern unsere persönliche Konsequenz aus dem Debakel. Wir finden es nach wie vor wichtig und richtig, auch mit militanten Mitteln, in die politischen und militärischen Pläne der Herrschenden einzugreifen und ihre Projekte, wo immer möglich, zu benennen, anzugreifen und zu verhindern.[...]"
(aus "knapp daneben ist auch vorbei". Die komplette Erklärung ist über die K-BUTT-Redaktion zu beziehen)
Außer gegen die drei Abgetauchten läuft das Verfahren auch gegen einige andere, wobei noch offen ist, ob als vermeintliche Mitglieder, UnterstützerInnen oder doch "nur" als ZeugInnen.







Zu den Verfahren wegen angeblicher Mitgliedschaft in den AIZ
Die Antiimperialistischen Zellen begannen ihre Angriffe mit einem Anschlag auf das "Rechtshaus" der Uni Hamburg, nachdem sie 1992 den Schritt der RAF, bewaffnete Aktionen vorerst einzustellen, scharf kritisiert hatte und eigene Angriffe ankündigte.
Jetzt wird gegen 5 Mitglieder des "Komitee gegen den imperialistischen Krieg", das von 1990 bis 94 aktiv war, ermittelt, da diese als Jura-Studierende Ortskenntnis in Hamburg hatten und dem berühmten "RAF-Umfeld" angehören, zumindest nach Bullen-Verständnis. Zudem beschäftigte sich die Gruppe mit Themen, die auch die AIZ aufgreifen, was Beweis genug sein soll.
Die AIZ haben sich in den letzten Jahren hauptsächlich mit Bombenanschlägen auf die Wohnhäuser von CDU- und FDP-Funktionären hervorgetan, die aufgrund der möglichen Gefährdung Unbeteiligter stark kritisiert wurden. Auch der Bezug auf "revolutionär-islamische Gruppen" als im internationalen antiimperialistischem Kampf führend (zusammen mit kommunistischen Gruppen) ist unserer Meinung nach nicht nachzuvollziehen und politisch falsch. Aber auch wenn inhaltlich und praktisch große Differenzen bestehen, dürfen wir die Betroffenen nicht alleine lassen. Wer sich weiter mit der AIZ beschäftigen will, die komplette Erklärung der AIZ vom September, zum Anschlag auf Breuer (Verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU, ist bei uns erhältlich.

Zu dem RAF-Verfahren gibt es recht wenig zu sagen. Ermittelt wird gegen Ingrid aus Köln, eine frühere politische Gefangene, der jetzt vorgeworfen wird, in der Legalität als "Nahtstellenperson" zur "Kommandoebene" der RAF tätig gewesen zu sein. Begründet wird das von der BAW mit dem angeblichen Kontakt zu Birgit Hogefeld.



GEGEN WORTE ALS WAREN
WAHRE WORTE !!!

Zu den radikal Verfahren
Das wichtigste Ergebnis der Durchsuchungen vom 13.6. ist unserer Meinung nach das Verfahren gegen die angeblichen HerstellerInnen der radikal. Hier hat sich die BAW wirklich mal was neues zusammenkonstruiert, und wenn sie damit durchkommen sollte, hat das unabsehbare Konsequenzen für die gesamte radikale Linke.
Die Zeitung "radikal" gibt es seit 1976 mit verschiedenen MacherInnen und Zielsetzungen. Nach verschiedenen Kriminalisierungen (siehe Chronologie) erscheint sie seit 1984 völlig "im Untergrund" mit Postadressen im Ausland. Die radikal war und ist ein wichtiger Teil der Informations- und Diskussionsstruktur der radikalen Linken. Ohne die "Schere im Kopf", ohne Angst vor Zensur kann alles veröffentlicht werden, von Erklärungen der verschiedenen militanten Gruppen über wichtige Dikussionspapiere bis hin zu praktischen Tips und Anleitungen. Gerade in kleineren Städten und auf dem Land ist die radikal oft die einzige Quelle für linksradikale Inhalte. Was in legalen Zeitungen, wie auch der K-BUTT, manchmal nicht geschrieben werden kann, stand und steht in der radikal. Deswegen konnte sie auch vor kurzem ihr 150. Ermittlungsverfahren "feiern", und deswegen sitzen jetzt die 4 Leute in U-Haft.
Das Staatsschutz-Konstrukt gegen die angeblichen HerstellerInnen sieht folgendermaßen aus: Nach der erneuten Kriminalisierung einzelner Inhalte der radikal, z.B. BekennerInnenbriefe der RZ, AIZ, Rote Zora usw. oder Bauanleitungen (z.B. in Nummer 152), wird jetzt die ganze Herstellung der Zeitung angegriffen, indem die verdeckte Organisationsstruktur der radikal zur kriminellen Vereinigung (§ 129) gemacht wird. Den 8 Menschen (vier im Knast und vier auf der Flucht) wird vorgeworfen, Hauptverantwortliche dieser kriminellen Vereinigung zu sein. Mit der inhaltlichen Herstellung und damit Verantwortung für den gesamten Inhalt der Ausgaben 148 bis 152 , mit der Besorgung der Druckereien, der Verteilung usw. werden die Haftbefehle begründet; Ausgangspunkt für die Ermittlungen war ein angeblich hochkonspiratives Treffen in der Eifel, welches vom Staatsschutz abgehört worden war. Angeblich soll es dabei um die Vorbereitung der Nummer 148 gegangen sein. Durch Stimmgutachten werden nun die 8 Leute zu TeilnehmerInnen erklärt, die damit auch für alle folgenden Ausgaben der radikal verantwortlich sein sollen.



Die Folgen des Konstruktes
Daß allein die durchgängige Kriminalisierung der radikal die verdeckte Herstellung erzwungen hat, ist für die BAW keine Erklärung, sondern nur Untermauerung der Anklage. Sollte die BAW mit diesen Anklagen Erfolg haben, so kann in Zukunft jede Zeitung, die z.B. BekennerInnenbriefe veröffentlicht, verboten und als ganzes kriminalisiert werden. Die Bildung einer kriminellen Vereinigung mit dem Ziel, eine terroristische Vereinigung zu unterstützen, könnte dann als Keule gegen jede unliebsame Veröffentlichung, also z.B. auch gegen die K-BUTT, benutzt werden. Die letzten Reste der bürgerlichen Pressefreiheit wären dann abgeschafft, einer weiteren Kriminalisierung Tür und Tor geöffnet.
Wir wollen hier keinesfalls die bürgerliche Pressefreiheit als das höchste Gut verteidigen, denn die wahre Pressefreiheit wäre nur gegeben, wenn Papier und Druckmaschinen umsonst wären (frei nach Lenin; wie wahr, wie wahr, die K-BUTT), aber auch die bürgerlichen Freiheiten sind zum Teil erkämpft worden und auch Unterstützung der bürgerlichen Medien kann im Kampf gegen die Kriminalisierung der radikal gebraucht werden. Denn auch Zeitungen wie Frankfurter Rundschau, Taz oder junge welt sind vor Staatsschutzüberfällen nicht sicher, wenn es um abgedruckte BekennerInnenbriefe geht. Bei den Angriffen auf die radikal 1984 und 86 gab es eine breite, auch bürgerliche, Unterstützung und auch wenn heute die gesellschaftliche Situation eine andere ist, so sollten wir doch versuchen, auch jetzt eine breite Solibewegung aufzubauen, bei der wir aber auf unsere Inhalte nicht verzichten dürfen. Wohl nur so kann der Angriff der BAW und des Staatsschutzes zurückgeschlagen werden.

Die radikal erscheint weiter !
Offensichtlich ist es der BAW trotz allem nicht gelungen, die radikal zum Schweigen zu bringen. Mitte November erschien die neue Ausgabe, die Nummer 153. Im Vorwort schreiben die MacherInnen: "[...] Klaro, wir sind der BAW weiterhin ein Dorn im Auge, weil sie es nach 11 Jahren Verfolgung der illegalen radikal nicht geschafft haben, uns klein zu kriegen. Nach wie vor sorgen wir dafür, daß eine für linksradikale Verhältnisse gar nicht so bescheidene Anzahl von Zeitungen - die BAW hat die Zahl von 5000 verraten - verdeckt quer durch die Republik verteilt werden.[...] Natürlich ist die BAW-Aktion gegen uns auch ein Angriff auf eine der letzten bundesweiten, verdeckten Strukturen. Wir sind quasi der "lebende Beweis" dafür, daß es möglich ist, sich unkontrolliert zu vernetzen. [...] Vom Inhalt kann mensch die Struktur aber nicht trennen.[...]
Für uns ist klar: Wir machen diese Zeitung nicht als Selbstzweck. Die radikale Linke braucht eine organisierte, bundesweite Kommunikationsmöglichkeit, die sich der staatlichen Kontrolle entzieht. Daß dafür eine verdeckte Struktur notwendig ist, haben nicht zuletzt die Bullen und Bundesanwalt Beyer am 13.6 bewiesen.[...]
Wir sind eine kriminelle Vereinigung nach § 129, sagt Beyer, sagt die BAW. Eine "staatsfeindliche Verbindung" (da stimmen wir voll und ganz zu!) definierte die wilhelminische Justiz diesen Paragraphen, den sie im Jahre 1871 ins Leben rief und ihn vornehmlich gegen die ArbeiterInnenbewegung einsetzte. Nach 1945 wurde er zur Verfolgung der KPD instrumentalisiert, der er ca. 100.000 Ermittlungsverfahren einbrachte. Recht prominente Vorfahren haben wir damit also."



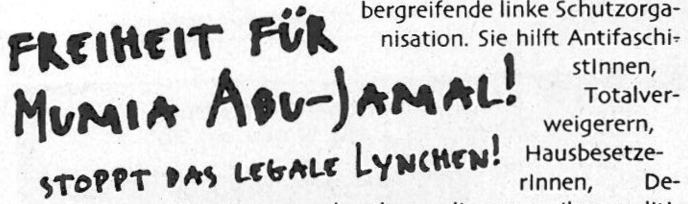
Damit die radikal weiter erscheinen kann, damit das Staatsschutzkonstrukt zurückgeschlagen werden kann, ist eine breite Solidaritätsarbeit nötig. Zu den Verfahren ist gerade die erste Ausgabe einer monatlichen Infozeitung erschienen. Sie ist für 50 Pfennige (+ 3 DM Porto) zu haben, die Adresse:
Redaktion "radikale Zeiten"
c/o Informationsdienst Schleswig-Holstein
Bahnhofstraße 44
24534 Neumünster
Auch die radikal selbst ist sehr empfehlenswert
Alle Post im doppelten Umschlag. außen :
NN, Van Ostadestraat 233n
NL-1073 TN Amsterdam
innerer Umschlag: "Z.K."
Abo über 5 Nummern kostet 50 DM incl. Porto (keine Schecks)
Auch die Gefangenen freuen sich über Post, auch wenn sie keine Zeitungen u.ä. bekommen dürfen (auch die K-BUTT kam wieder zurück) Die Adressen sind:

Ralf Milbrandt, JVA Neumünster, Andreas Ehresmann, JVA Lübeck
Werner Konnerth, JVA Berlin, Rainer Paddenberg, JVA Bielefeld
über BGH
Ermittlungsrichter Beyer
Herrenstr.45a
76125 Karlsruhe
So, daß wars fürs erste. In den nächsten K-BUTTs werden wir euch die weiteren Entwicklungen berichten. Bleiben also noch die bundesweiten Forderungen, denen wir uns nur anschließen können.
Sofortige Freilassung der Gefangenen
Grüße an die Abgetauchten
Sofortige Einstellung aller Verfahren
Herausgabe der beschlagnahmten Sachen



Repression gegen linke Zeitungen in Deutschland
Eine lückenhafte Chronik

1843: die seit einem Jahr erscheinende *Rheinische Zeitung* wird verboten. Chefredakteur Karl Marx wird wegen Hochverrat gesucht. Er emigriert nach Paris, schreibt für den dort erscheinenden *Vorwärts*, der auf Betreiben der preußischen Regierung verboten wird.
1849: die legale, revolutionäre *Neue Rheinische Zeitung* wird im März, ein Jahr nach ihrer Gründung, verboten. Herausgeber Karl Marx wird ausgewiesen. Die revolutionäre Presse bleibt mit kurzen Unterbrechungen illegal.
1876: durch Bismarcks Sozialistengesetze wird die revolutionäre Presse unterdrückt. Revolutionäre Zeitungen vor allem aus London, Paris und Brüssel werden nach Deutschland geschmuggelt.
1919: Publikationen der revolutionären Linken werden zensiert, unterdrückt und verboten. Das Organ der KPD, die *Rote Fahne* wird in diesem Jahr 290mal verboten.
1925: die Auflagen der Arbeiter/innenzeitungen steigen kontinuierlich. Gegen die Verantwortlich-Zeichnenden und Redakteure werden immer wieder Verfahren eingeleitet, z.B. wegen Hoch- und Landesverrat gegen Carl von Ossietzky (*die Weltbühne*), oder gegen John Heartfield und seine Collagen in der *AIZ* (*Arbeiter-Illustrierte-Zeitung*).
1930: das 1922 eingeführte Republikschutzgesetz (Vorläufer der heutigen „Staatsschutzparagraphen") wird verschärft.
1932: durch die Notverordnung werden unzählige Bücher, Broschüren und Zeitschriften verboten.
1933: seit Februar können Zeitungen revolutionärer Gruppen nur noch illegal gedruckt und verteilt werden. Die Treibjagd auf die revolutionäre und fortschrittliche Presse fand ihren vorläufigen Höhepunkt in den Bücherverbrennungen. **Bis 1945** erschienen trotz des faschistischen Terrors zahlreiche Zeitungen und Flugschriften illegal.
1950: die gummihaften „Staatsschutzparagraphen" §§88 bis 101 StGB der BRD werden ausgearbeitet. Die Gesetze „gegen die Feinde der Demokratie", im Juli **1951** angenommen, werden sich in erster Linie gegen Kommunist/inn/en richten.
1956: Nach dem Verbot der KPD werden die Staatsschutzgesetze und das Verbotsurteil unter anderem dazu genutzt, alle möglichen Presseerzeugnisse und Drucksachen zu verbieten oder zu beschlagnahmen und Herausgeber/innen und Drucker/innen zu kriminalisieren.
1958: der *Ruhrbote* aus Essen wird beschlagnahmt und der Herausgeber verurteilt, **1960** ereilt das gleiche Schicksal den *Freien Boten* aus Düsseldorf. **1962** beginnt in Hamburg ein Strafprozeß gegen die Herausgeber/innen von *Blickfür*, **1965** wird Anklage gegen Herausgeber/innen und Redakteur/innen von *Unsere Zeit* und *heute* erhoben. Letztere habe „Artikel aus der bürgerlichen Presse in tendenziöser Weise zusammengestellt und veröffentlicht".
1968: die erschienene erste Nummer von *linkeck* wird wegen Verstoß gegen das Warenzeichengesetz und Verdacht auf Verbreitung unzüchtiger Schriften beschlagnahmt. Gegen 7 von 10 Ausgaben der *linkeck* werden Ermittlungsverfahren eingeleitet, u.a. wegen Beleidigung und Aufruf zu Gewalttaten. Die Nummer 3a fällt der Zensur zum Opfer, weil darin über die SS-Vergangenheit des Polizeikommandeurs von Berlin berichtet wird.
1969: vor Beginn einer Demo in Berlin gegen die Ausweisung von acht Bundeswehr-Deserteuren versuchen Bullen, Zeitungsverkäufer/innen der *agit883* festzunehmen. Bei Durchsuchungen in Privaträumen und der Neuköllner Druckerei werden die Druckplatten der Nummer 25, in der über Abschiebeaktionen der Westberliner Behörden berichtet wird, beschlagnahmt.
1970: „Großaktion gegen Anarchisten." Im Mai werden die *agit883*-Redaktionsräume durchsucht; offiziell, weil ein gesuchter 16Jähriger dort unangemeldet wohnen soll. Im November werden 4000 Exemplare von *agit883* beschlagnahmt. Der Titel, auf dem ein Freund der Black Panther einen US-Richter als Geisel nimmt und der Überschrift „Das Volk wird bestimmen, was Recht ist, wenn es die Macht hat", soll eine Aufforderung zu Straftaten sein. **1971** werden wegen fast jeder Ausgabe Ermittlungsverfahren eingeleitet.
1971: von der *fizz* werden 9 von 10 Nummern verboten. Begründungen: Beleidigung, öffentliche Aufforderung zur Gewalt, Gotteslästerung, etc.
1972: in Köln und Mühlheim werden die anarchistische Zeitschrift *Befreiung* sowie Vertriebsmaterialien beschlagnahmt. **1974** wird der als V.i.S.d.P. Fungierende in Köln festgenommen und wegen „Unterstützung der Baader-Meinhof-Gruppe", „Verunglimpfung der BRD" und „Volksverhetzung" **1975** zu einem Jahr ohne Bewährung verurteilt.
1975: in der Weihnachtszeit findet eine bundesweite Aktion gegen politische Buchläden, Verlage und Druckereien statt, legitimiert mit dem §131 (Verherrlichung von Gewalt).
1976: der Bundestag verabschiedet die §§88a und 130a, die die Verbreitung und den Besitz von Schriften, die „Gewalt befürworten", unter eine Gefängnisstrafe von bis zu drei Jahren stellen. Drei Monate nach in Kraft treten der „Maulkorbgesetze" werden in Bochum, Essen, Hamburg, Köln, München, Tübingen und Westberlin Buchläden und Verlage durchsucht und ein Buchhändler verhaftet.
1977: im April eröffnet die Bundesanwaltschaft (BAW) auf Hinweis der Springer-Zeitung *Die Welt* ein Ermittlungsverfahren gegen die „unbekannten Hersteller und Verteiler des *INFO-Bug*". Im Oktober Festnahmen und Prozesse gegen Hersteller/innen, Drucker/innen und Verteiler/innen von linken Raubdrucken, Spontiblättern und das Berliner *INFO-Bug*. Später folgt die Festnahme und der Prozeß gegen Drucker des agit-Druck-Kollektivs.
1978: die ersten Verfahren gegen die vor zwei Jahren gegründete *radikal*, die „Sozialistische Zeitung für Westberlin", enden mit Einstellungen, Freispruch und der Verurteilung des presserechtlich Verantwortlichen zu 875 DM Geldstrafe.
1979: §90a-Prozeß gegen den presserechtlich Verantwortlichen der KPD/ML-Zeitung *Roter Morgen*. Durchsuchung der Redaktionsräume von *Pflasterstrand* in Frankfurt, sämtliche vorhandenen Exemplare der aktuellen Nummer werden beschlagnahmt.
1980: Ermittlungen gegen die *Kasseler Stadtzeitung*, den Verlag *Frauenpolitik*, die Zeitschrift *Protokolle*, die Zeitung *Blatt*, das *Regionalblatt Darmstadt*, die Berliner Zeitschrift *Unbequem* und das *Memminger Stadtinfo*
1982: der Abdruck von Erklärungen der Revolutionären Zellen in der *radikal*, die „Zeitung für unkonventionelle Bewegungen" wird als Grund für diverse Durchsuchungen in Berlin aufgeführt.
1983: die in der Linken bekannten Journalisten, Schriftsteller und Hausbesetzer Benny Härlin und Michael Klöckner werden verhaftet und stellvertretend für die Macher/innen der *radikal* mit dem §129a belegt. Nach einem öffentlichen Proteststurm, auch von liberaler Öffentlichkeit, wird den beiden nach zwei Monaten Isohaft gegen Kaution Haftverschonung „gewährt". **1984** werden Benny und Michael zu 2,5 Jahren Knast verurteilt, weil sie bei der *radikal* mitgearbeitet, ihr Konto geführt bzw. als V.i.S.d.P. gezeichnet haben.
1984: eine Person wird beim Leeren des *radikal*-Postfachs festgenommen. Die *taz* stellt daraufhin ihre Adresse zur Verfügung und wird einen Monat später vom Staatsschutz durchwühlt und die *radikal*-Post beschlagnahmt.
Im Herbst erscheint die *radikal* erstmals aus dem Untergrund. Die Repression geht weiter, konzentriert sich auf Verkaufsstellen und die Handverkäufer/innen in der BRD.
1985: Gegen den Göttinger Buchladen Rote Straße und die Druckerei Aktiv-Druck werden Durchsuchungen angeordnet, „da zu erwarten ist, daß diese Maßnahme zum Auffinden von Beweismitteln ... führen wird."
Im Dezember Durchsuchung bei der *taz* in Bochum. Gesucht wird ein Bekennerschreiben der RZ zu einem Brandanschlag auf eine Fallschirmfabrik in Wetter.
1986/87: über 100 Buchhandlungen, Infoläden, Zentren werden im Zusammenhang mit der *radikal* durchsucht. Zur massiven Einschüchterung werden 192 Ermittlungsverfahren eingeleitet, schließlich aber nur 5 Menschen zu Bewährungsstrafen verurteilt.
1989: Durchsuchung der Verlagsräume der Edition ID-Archiv und der Aurora-Verlagsauslieferung in Berlin, sowie der Siegener Druckerei. Beschlagnahmt wurden Unterlagen, die im Zusammenhang mit der Herausgabe einer Broschüre stehen, in der ein Interview mit der *radikal*-Redaktion veröffentlicht ist. Auch diese Aktion dient der Einschüchterung und dem Informationen-Sammeln.
1992: die anarchistische *UNFASSBA* aus Münster erscheint, nach Verboten vorhergegangener Ausgaben und §129-Verfahren, künftig im Untergrund. Ihre neue Adresse ist ein Postfach in den Niederlanden.
1994: von der Broschüre „Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte", von der seit sieben Jahren 12000 Stück verkauft wurden, werden alle vorhandenen Exemplare im GNN-Verlag beschlagnahmt und Ermittlungsverfahren eingeleitet. In der Broschüre sind RAF-Erklärungen, Stellungnahmen der Bundesregierung und Gutachten von Wissenschaftler/innen zur Isolationshaft veröffentlicht. Nach langem hin und her werden **1995** die über 900 beschlagnahmten Exemplare zurückgegeben. Mindestens ein Ermittlungsverfahren gegen Verkäufer/innen läuft weiter.
1995: am 13. Juni findet eine bundesweite Durchsuchungsaktion von 55 Wohnungen wegen RAF, K.O.M.I.T.E.E., aiz und *radikal* statt. Vier Menschen, denen die redaktionelle Vorbereitung der vor knapp zwei Jahren erschienenen *radikal*-Ausgabe 148 unterstellt wird, werden verhaftet und in Isolationshaft gesteckt. Vier weitere Menschen werden gesucht. Ein Mitbewohner eines der Gesuchten sitzt wegen Aussageverweigerung 5 Monate in Beugehaft.





Christian Klar gegen verschärfte Haftbedingungen fünf Wochen im Hungerstreik

Politische Gefangene in der BRD unterliegen besonderen Haftbedingungen. Diese werden seit Anfang der 70er Jahre erforscht und praktiziert. Darunter fällt beispielsweise die strenge Einzelisolation, die es der/dem Gefangenen unmöglich macht, Kontakt zu anderen Menschen aufzunehmen. Diese, durch internationale Gesetze als Folter definierte Praxis äußert sich im einzelnen durch: Einzelzelle mit Kommunikation unmöglich machenden Fenstern, höchstens, wenn überhaupt, eine Stunde Einzelhofgang, Verbot von Gemeinschaftsveranstaltungen, außerdem tägliche Zellenrazzien und Dauerüberwachung, Verweigerung lebensnotwendiger medizinischer Behandlung, Zwang in Anstaltskleidung, Durchsuchung bei völliger Entkleidung vor und nach jedem Besuch bzw. Besuche nur mit Trennscheibe.
Dadurch sollen Gefangene, die in den Knästen an ihrer Politik festhalten und weiterkämpfen, physisch und psychisch zerstört werden. Gleichzeitig gilt es als Drohung an uns draußen: Das erwartet euch, wenn ihr es wagt, diesem Staat Widerstand entgegenzusetzen.
Diesen oder ähnlichen Bedingungen werden heute kurdische Gefangene, die Gefangenen aus dem radikal-Verfahren oder Gefangene aus der RAF ausgesetzt. Christian Klar, Gefangener aus der RAF, seit 1982, heute in Bruchsal, inhaftiert, ging am 1. September 1995 gegen die kontinuierliche Verschärfung seiner Haftbedingungen in den Hungerstreik: "hungerstreik ist eine kampfform, die diese brücke nach draußen sucht. es ist der kämpferische vorschlag, für eine zeit und für ein konkretes ziel die kräfte zusammenzutun." Das Ziel ist "die aufhebung aller verhängten besuchsverbote (gegen günter sonnenberg, bernd meyer, ein ehemaliger gefangener, der nach der knastrevolte 1990 in fuhlsbüttel nach bruchsal zwangsverschubt wurde und 1994 entlassen worden ist, irmgard möller, lutz taufer, manuela happe, stefan wisniewski); die zulassung von bis zu drei personen bei besuchen, wie es in bruchsal allgemein möglich ist; die aufhebung des telefonverbots; die achtung meines recht auf briefkontakte" (aus der Hungerstreikerklärung).
Der Knastleiter der JVA Bruchsal, Rehring, verweigert Christian die Diskussion mit Genoss/inn/en in Berlin, hält politische Texte aus der Diskussion der Gefangenen in Frankreich und Briefe z.B. zur aktuellen Situation von Mumia Abu-Jamal an. Rehring ist bekannt für seine provokanten Aktionen. So ist es in Bruchsal üblich, Gefangene, die sich weigern ihre Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen, mit einer roten Karte an der Zellentür zu markieren. Diese unterliegen besonderen Haftbedingungen, dürfen z.B. nicht am Umschluß teilnehmen. Am 2. Juni d.J. isolierte Rehring den Gefangenen Ivan Jelinic zum wiederholten Male total, angeblich weil er eine Flucht plane.
Erst als Christian im Prozeß gegen Sieglinde Hofmann aussagen sollte, und statt dessen eine Erklärung abgab, konnten die Anstaltsleitung und die Medien den Hungerstreik nicht mehr verheimlichen. Die Presse schwieg weiter jede Aktion tot, die im Zusammenhang mit Christians Hungerstreik stand: Kundgebungen in Bruchsal vor dem Knast, in Stuttgart und Bonn vor den Justizministerien, Besuche bei amnesty international in Bonn und Berlin und im dpa-Büro in Stuttgart.
Die Anstaltsleitung hält an den von ihr festgesetzten Haftbedingungen fest. Am 4. Oktober beendete Christian Klar den Hungerstreik im Knastkrankenhaus Hohenasperg und erklärt:
"auch in den vergangenen jahren der schon längere zeit schwachen kräfte und der reaktionären schläge gab es immer kämpfe der politischen gefangenen. durch die schutzlosigkeit mußten es behutsame initiativen sein. ihr charakter: signale der solidarität, anstöße zur politischen diskussion, den wert des kampfes für das leben und die freiheit ausdrücken.
ein gefangenenkampf, der unter den gegenwärtigen bedingungen eine unmittelbare entscheidung sucht, ist problematisch und riskiert ernste rückschläge. meine aktion ist von dieser art gewesen, deswegen höre ich heute auf. ich will auch nicht, daß die anderen von uns einsteigen, weil das dann schon der kampf für eine neue ausgangslage für uns gefangene nur sein könnte, also für unsere freiheit.
hier ging und geht es um vergleichsweise "wenig" - aufhebung der besuchsverbote, ungehinderter briefkontakt mit draußen - und jede/r sieht, sie machen es nicht.
die not haben aus der unmittelbarkeit des hungerstreiks sicher mehr leute draußen verstanden als vorher. nur ist die abschottung andauernde realität, und wir müssen wege finden, sie zu beenden."

Für die Aufhebung aller Besuchsverbote !
Für die Zulassung von bis zu drei Personen bei Besuchen !
Für die Aufhebung des Telefonierverbotes !
Für die Achtung Christians Rechts auf unzensierten Briefkontakt !

Für die Zusammenlegung von Christian Klar, Rolf Heißler, Rolf-Clemens Wagner und Helmut Pohl in der JVA Schwalmstadt !

Für die Freiheit aller politischen Gefangenen !



Generalkonsulat der BRD in Zürich, Ende September 1995

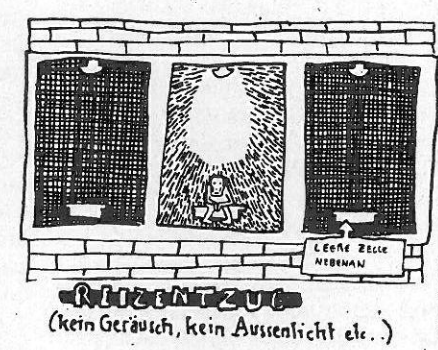
ein aufruf zur einheit und dass die zusammenkommen

die die unterdrückung empfinden.
die verstehen, dass worte das geheimnis verraten und den traum töten.
die den reden nicht glauben.
die um das immer noch ungelebte leben wissen.
die die züchtigung der lust die maschine zu zerstören zurückweisen.
die die freiheit nicht fürchten.
die im land der konkurrenz und des individualismus fremde bleiben.
die der übliche egoismus erstaunt.
die bezahlung und ihre kostüme durchschauen.
die die freiheit der geschlechter lieben.
die 4 wände schon bei ihrer erwähnung nervös machen.
die ihre ehrlichkeit zu den waffen greifen lässt, welche den vom feuertod
bedrohten kindern den weg bahnen werden, die verheissende freude ihrer ohnmächtigen eltern zu erfüllen.
die den weg der guerilla schätzen.
die weiter blicken möchten.
die den kampf um harmonie nicht verhöhnen und die spaltung erkennen.
die die nation in die vorgeschichte verweisen.
die den imperialismus als einebnung begreifen.
die das richten hassen
und die politische macht verfolgen.
die den marschschritt der front stolz macht.
denen schon vor vielen jahren die panther erschienen sind.
in deren herzen die toten kämpferinnen leben.
die noch mehr als die kz's die verabscheuen, die abgewendeten
blicks an ihnen vorüberschleichen.
die die verachtung erschreckt.
die in der tradition der verbrannten schiffe kämpfen
die den möglichen reichtum sehen.

(christian klar, gefangener aus der raf; bruchsal im frühling 1995)

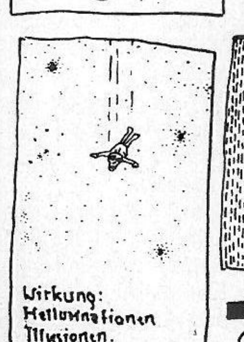


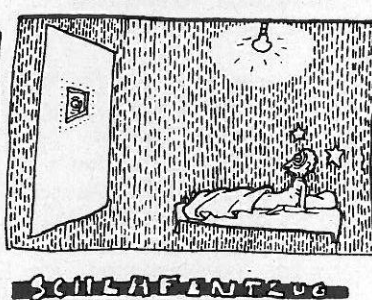




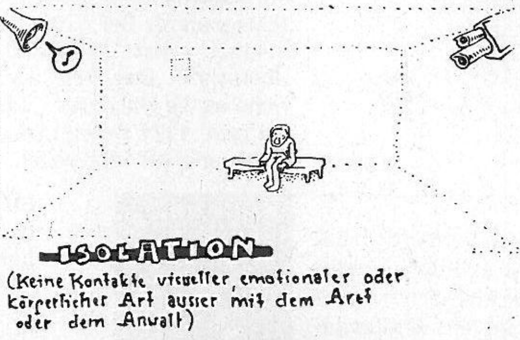


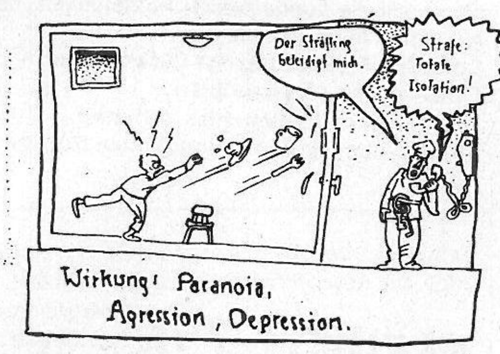


















Verhindert die Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal

Mir ist, als würde ich schlafen.

Zumindest dieses matte Gefühl wie von Schlaf spüre ich, alles andere nicht. Die Zeit scheint langsamer zu verstreichen, fließt leichter dahin, weniger drängend. Ich fühle mich merkwürdig schwerelos. Ich sehe nach unten und registriere einen Mann, der mit zur Brust herabhängendem Kopf und niedergeschlagenem Blick auf dem Bordstein zusammengesackt ist. „Verdammt! Das bin ich ja selber!“ durchzuckt mich ein Schock des Wiedererkennens.

Ein Polizist nähert sich dem Mann und tritt ihm ins Gesicht. Ich merke es, spüre aber keinen Schmerz. Drei andere Cops schließen sich dem Tanz an und treten und prügeln auf die hingefallene, in Handschellen gelegte blutige Gestalt ein. Zu zweit greifen sie je einen der Arme, ziehen den Mann hoch und rammen seinen Kopf gegen einen eisernen Pfahl. Er stürzt zu Boden.

„Daddy?“

„Was denn, Babygirl?“

„Warum schlagen diese Männer dich so?“

„Ach, das ist schon okay, Babygirl, ich bin okay.“

„Aber warum, Daddy? Warum haben sie auf dich geschossen, und warum schlagen und treten sie dich, *Abu?*“

„Darauf hatten sie's schon lange abgeseh'n, mein Kind, aber keine Angst, dein Daddy ist okay. Guck mal, ich spüre es ja noch nicht mal!“

Das pausbäckige Kindergesicht geht langsam in das Gesicht eines alten Mannes mit breiter Nase über, mit Goldzähnen, spärlichem, grauen Haar, fast kahlköpfig, mit dunkelbrauner Haut wie aus Leder und sympathisch wirkenden Falten.

„Junge, alles in Ordnung?“

„Ja, Dad, alles okay.“

„Ich liebe dich, mein Junge.“

„Ich liebe dich auch, Daddy.“

Das „Ich liebe dich“ hallt wider wie eine Rückkopplung, dröhnt durcheinander wie tausend Stimmen, und in die abklingenden Dissonanzen hinein erscheinen Gesichter von Frau, Mutter, Kindern, alte Gesichter aus dem tiefen Süden, noch ältere Gesichter aus .... Afrika? Liebevolle, warme, dunkelhäutige Gesichter rauschen, jagen, rasen an mir vorbei. Ich komme wieder zu Bewußtsein und finde mich in Handschellen, mein Atem süß vom schweren, eisernen Geschmack des Blutes, um mich herum Dunkelheit.

Ich liege auf dem Boden des Gefangenentransporters, und dem anonymen Krächzen des Funkgerätes entnehme ich, daß ich mich auf dem Weg zum ein paar Blocks weiter gelegenen Polizeipräsidium befinde.

Ich fühle keine Schmerzen ... nur den allgegenwärtigen Druck, der jeden blutdurchtränkten Atemzug zur Schwerstarbeit macht.

Das altersgezeichnete Gesicht meines Vaters fällt mir wieder ein; ich wundere mich über diese klare Erinnerung, da sein Tod schon mehr als zwanzig Jahre zurückliegt.

Ich bin auf direktem Weg zum Polizeipräsidium, wahrscheinlich auf dem Weg in den Tod.



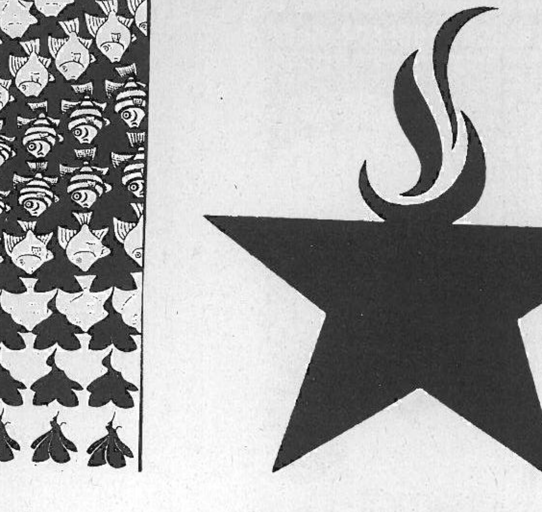
Für ungefähr 2.400 Menschen in Staats- oder Bundesgefängnissen sieht das Leben anders aus als für alle anderen in den Anstalten. Sie sind Amerikas „Verdammte“, gebrandmarkt mit einem Stigma, neben dem sich das Etikett „Gefangener“ geradezu harmlos ausnimmt. Sie sitzen in den Todeszellen Amerikas, Männer und Frauen unter der Gerichtsbarkeit von 34 Bundesstaaten oder der US-Bundesregierung, die sich auf dem rasiermesserscharfen Grat zwischen Quasi-Leben und sicherem Tod bewegen. Der größte Todestrakt befindet sich in Texas. Von den insgesamt 324 Gefangenen dort sind 120 Afroamerikaner, 144 Weiße, 52 Hispanics, vier Native Americans und vier Amerikaner asiatischer Abstammung. Die kleinsten Todestrakte sind in Connecticut (zwei Weiße), New Mexico (ein Native American, ein Weißer) und Wyoming (zwei Weiße).

Im Todestrakt ist die Welt schwärzer als sonst irgendwo. Afroamerikaner, die statistisch nur 12 Prozent der Bevölkerung der USA ausmachen, stellen ungefähr 40 Prozent der Insassen von Todeszellen. Zu ihnen zähle auch ich, der Autor dieser Zeilen.

aus: Mumia Abu-Jamal: „...aus der Todeszelle. Live from death row“, Agipa-Press, Bremen 1995



Hotel Brenner, gegenüber dem Hauptbahnhof Kaiserslautern (August bis September 1995)



Am 17. August sollte Mumia Abu-Jamal von den USA, vertreten durch den Staat Pennsylvania, ermordet werden (siehe auch K-BUTT Nr. 3, 11 und 12). Dieses Vorhaben scheiterte aufgrund einer weltweiten Solidaritätsbewegung. Zehn Tage vor der geplanten Vollstreckung wurde der Hinrichtungsbefehl auf vorerst unbestimmte Zeit außer Vollzug gesetzt.

Diese Vorgehen des Richters Sabo, dem Henker von Philadelphia, ist als strategischer Schachzug zu werten, um der Soli-Kampagne den Wind aus den Segeln zu nehmen. Daß der Mann, der vor 13 Jahren das Todesurteil sprach, nicht über Nacht angefangen hat, seine Entscheidung zu überdenken, zeigte sich überdeutlich in der Art und Schnelligkeit, mit der Sabo den Antrag von Mumias Anwälten, den Prozeß wiederaufzunehmen, abschmetterte.

Die Anwälte, die ihr möglichstes getan hatten, um neue Beweise und Entlastungszeugen (20 an der Zahl) vorzubringen, welche von Sabo allesamt abgelehnt wurden, haben nach der vorauszusehenden Entscheidung Sabos nun vor dem Obersten Gerichtshof Pennsylvanias (Supreme court) Berufung eingelegt. Falls dieser die Berufung ablehnt, werden die Anwälte vor den Bundesgerichtshof (Federal court) ziehen.

Während am Tage der Urteilsverkündung in der Stadt Philadelphia einige tausend Bullen und der Bürgermeister für die Hinrichtung Mumias demonstrierten, erreichte die Solidaritätsbewegung in den USA, in Südafrika und in Europa ihren vorläufigen Höhepunkt. Es fanden Demos statt (in Berlin waren es 5000 Leute, in Saarbrücken einige hundert), Kundgebungen wurden organisiert, Unterschriften gesammelt, und viele andere Aktionen, wie z.B. Angriffe auf verschiedene US-Einrichtungen und -Firmen, zeigten, daß wir nicht bereit sind, Mumias Ermordung tatenlos hinzunehmen.

Auch hier in Kaiserslautern gab es verschiedene Aktionen, um Mumias Leben zu retten. Bei der landesweiten Sammlung von Unterschriften, die den Ministerpräsidenten Beck dazu auffordern, das "Nachbar-Amerika-Jahr" auszusetzen, bis das Todesurteil aufgehoben ist, kamen in KL über 300 zusammen. Becks Reaktion war ein Brief, in dem er behauptet, sich "hinter den Kulissen" bei seinen amerikanischen Freunden für Mumia Abu-Jamal und gegen die Todesstrafe einzusetzen. Eine Aussetzung der "Nachbar-Amerika Aktivitäten wäre ... eine schädliche Geste, die die Falschen treffen würden." Daraufhin rief K.o.K.-roaches zusätzlich zu einem Boykott der Veranstaltungen im Rahmen des "Nachbar-Amerika-Jahres" auf. Das Flugblatt, das auch die gemeinsamen militärischen Interessen von USA und Rheinland-Pfalz zum Thema hat, ist bei der K-BUTT-Redaktion erhältlich.

Zur Eröffnung der Ausstellung "Eurami" am 25. August wurde dieses Flugi vor der Pfalzgalerie an die BesucherInnen verteilt. Als Reaktion darauf erhielten zwei Leute Vorladungen zum Staatsschutz am Pfaffplatz wegen "Verstoß gegen das Versammlungsgesetz", der sie selbstverständlich keine Folge leisteten.

Weitere Unterschriften für das Leben von Mumia Abu-Jamal an den zuständigen Gouverneur Ridge und den Richter Sabo wurden an verschiedenen Infoständen, wo über Widerstand in den USA, über politische Gefangene, insbesondere die jeweils aktuelle Situation von Mumia, berichtet wurde, gesammelt. Im Anschluß an einen dieser Infostände wurde mit etwa 20 Menschen der John-F.-Kennedy-Platz in der Kaiserslauterer Innenstadt in Mumia-Abu-Jamal-Platz umbenannt.

Am 2. August fand im Fillmore die gut besuchte "Free Mumia Abu-Jamal"-Disco statt. Neben der hauptsächlich von Dub- und HipHop-Musik bestimmten Disco wurden Filme mit und über Mumia und über die Black Panthers gezeigt. Eine Plakatausstellung informierte über die Geschichte und die aktuelle Situation von Mumias Verfahren und seine Haftsituation. Insgesamt kamen durch die Disco 300 DM an Spenden für die Mumia-Kampagne in den USA zusammen.

Doch auch wenn der Hinrichtungsbefehl fürs erste außer Kraft gesetzt ist, kann sich die Solidaritätsbewegung gerade jetzt keine Ruhepause gönnen. Nur durch den internationalen Druck kam der Aufschub zustande, und nur durch Fortsetzung und Intensivierung dieses Druckes kann letztendlich die Freiheit für Mumia Abu-Jamal erkämpft werden. Bis zur Entscheidung des Obersten Gerichtshofes Pennsylvanias wird es nach Einschätzung der Anwälte wohl noch einige Monate dauern. Wir müssen weiterhin die internationale Öffentlichkeit für Mumia mobilisieren, um auch die höheren Instanzen unter Druck zu setzen und ein faires Verfahren zu erreichen.

Wer mehr über Mumias Geschichte und Gegenwart, seine journalistische Arbeit und der Realität in den US-Knästen erfahren will, dem/der seien seine gesammelten Essays empfohlen, die in dem Buch "... aus der Todeszelle/Live from Death Row" erschienen sind. Teile daraus findet ihr in dieser K-BUTT.

Als Reaktion auf das Erscheinen dieses Buches hat die Knastleitung des CSI-Green-Hochsicherheitsgefängnisses ein totales Medien-Kontakt-Verbot über Mumia verhängt.

Das Buch ist auf deutsch bei Agipa-Press/Bremen verlegt und kostet 28 DM (ISBN 3-926529-09-1).

Freiheit für Mumia Abu-Jamal !
Freiheit für alle politischen Gefangenen !

DIE RHEINPFALZ
Dienstag, 15. August 1995
Jahrgang 51, Nr. 188

„Westpfalz zentral für US-Armee“

MAINZ (rpf). Kaiserslautern soll zentraler Dreh- und Angelpunkt für die Versorgung der US-Streitkräfte in Europa bleiben. Es sei sogar daran gedacht, die Aufgaben des Großstandortes in der Westpfalz auszuweiten. Das versicherte laut Staatskanzlei der Oberbefehlshaber der US-Landstreitkräfte in Europa, General William W. Crouch, bei seinem Antrittsbesuch bei Ministerpräsident Kurt Beck in Mainz. Crouch sagte, auf die Interessen der deutschen Zivilbeschäftigten bei den US-Streitkräften werde Rücksicht genommen. Er bekräftigte, daß der Bestand der US-Streitkräfte in Rheinland-Pfalz erhalten bleibe und keine größeren Veränderungen vorgesehen seien. Im US-Standort Kaiserslautern sind derzeit knapp 7300 deutsche Arbeitnehmer beschäftigt.

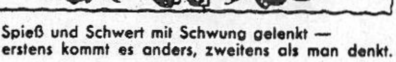
Zu der Kundgebung unter obigem Motto am 28.10.95 in Mainz riefen die Antirassismus Gruppe MZ, Jarama, die Revolutionären PfadfinderInnen, der Inikreis gegen die Todesstrafe und K.o.K.-roaches, Kaiserslautern auf. Nachfolgend dokumentieren wir den Redebeitrag von K.o.K.-roaches für diese Kundgebung.

Die Gruppen, die zu dieser Kundgebung aufgerufen haben, genauso wie viele andere Linke und menschenrechtsorientierte Gruppen aus Rheinland-Pfalz, sind ein Teil der weltweiten Solidaritätsbewegung für das Leben von Mumia Abu-Jamal. In vielen Städten wurden und werden Infostände, Aktionen und Veranstaltungen organisiert, die informieren und vor allem mobilisieren sollen. Außerdem wurden in Trier und Kaiserslautern Unterschriften gesammelt, die an den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, gerichtet waren. Forderung war, daß er und die Landesregierung sich öffentlich für das Leben von Mumia Abu-Jamal und gegen die Todesstrafe in den USA einsetzen sollen; außerdem die Aussetzung aller Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem "Nachbar Amerika Jahr", solange das Todesurteil gegen Mumia Abu-Jamal besteht. Diese Forderung wurde allein in Kaiserslautern per Unterschrift von 400 Menschen unterstützt, was Ministerpräsident Beck zwar nicht groß unter Druck setzte, ihn aber zumindest dazu bewog, in einem amtlichen Brief an K.o.K.-roaches zu antworten: "Ich bin wie Sie der Meinung, daß, unbeachtet einer etwaigen Schuldfrage, die Todesstrafe in modernen aufgeklärten Staaten kein Strafmittel mehr sein sollte". Auch hat Herr Beck, nach eigenen Aussagen, ein Schreiben an den Gouverneur von Pennsylvania geschickt, in dem er appellierte, die Todesstrafe nicht anzuwenden, doch scheut er sich offensichtlich, seiner Haltung öffentlich Ausdruck zu verleihen. Genauso sind er und die rheinland-pfälzische Landesregierung nicht gewillt, durch die Aussetzung des "Nachbar Amerika Jahres" Druck zu erzeugen, der us-amerikanische Stellen dazu bringen könnte, dem legalen Lynchen ein Ende zu setzen. Unserer Meinung nach gehen der Landesregierung wirtschaftliche Interessen, die sie mit dem "Nachbar Amerika Jahr" verknüpfen, vor. Die Unterstützung Mumia Abu-Jamals, wie ein öffentliches Eintreten gegen die Todesstrafe in den USA, würde die partnerschaftlichen Beziehungen mit US-Firmen sowie der US-Armee in der Region gefährden. Das Klima für einen wirtschafts- und bildungspolitischen Austausch könnte sich verschlechtern. Wer Nutznießer solcher partnerschaftlichen Beziehungen ist, hat uns die Automobilindustrie schon vorgeführt. Bei General Motors/Opel in Kaiserslautern wurde mit dem bekannten und zur Zeit sehr beliebten Druckmittel der Auftragsvergabe, von der die Sicherung des Standortes abhängig ist, ein Betriebstarifvertrag durchgeboxt, der Opel-ArbeiterInnen in anderen Standorten der Hut hochgehen läßt. Währenddessen baut BMW in Alabama eine Fertigungsanlage auf, u.a. mit der Zusage, daß dieser Betrieb 100% gewerkschaftsfrei bleiben wird. wirtschaftlicher Austausch schafft für deutsche wie für US-Firmen die Möglichkeit, auf dem Rücken von ArbeiterInnen Standorte gegeneinander auszuspielen und sich jeweils die höchste Gewinnspanne zu sichern. Im Bildungsbereich schaffen Austauschprogramme, die mittlerweile größtenteils durch Firmen und Banken finanziert werden, die Möglichkeit, gerade auch in menschen- und naturfeindlichen Forschungsbereichen wie z.B. der Gentechnologie oder der Weiterentwicklung im Bereich der "künstlichen Intelligenz" (die unter anderem ihre Anwendung im militärischen Bereich finden), gemeinsam für neue Märkte aufzurüsten. Auch hier geht es um die Verbesserung weltweiter Ausbeutungsbedingungen im internationalen Wettbewerb. Ein weiterer wichtiger Bestandteil rheinland-pfälzisch-US-amerikanischer Zusammenarbeit liegt in der starken Präsenz der US-Streitkräfte, vor allem in ihren "Oberzentrum" Westpfalz begründet. In Rheinland-Pfalz sollen nach Aussagen des bisherigen NATO-Generalsekretärs Claes mindestens 30.000 US-SoldatInnen stationiert bleiben. Regelmäßige Auftritte von hohen Militärs und Militärkapellen während des "Nachbar Amerika Jahres" sollen die Normalität militärischer US- und NATO-Stützpunkte in der Region unterstreichen. Rheinland-Pfalz galt schon lange als Flugzeugträger der US-/NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa. Nach der Schließung einiger Luftwaffen-Stützpunkte wurde die US-Airbase Ramstein zum zentralen Punkt der NATO-Kriegsführung von deutschen Boden aus. Dazu führte auch die Verlagerung von Frachtkapazitäten von der US-Airbase Frankfurt zur US-Airbase Ramstein, die diese zur Frachtzentrale der NATO in Mitteleuropa werden läßt. Außerdem wurden und werden die Übungsflüge für die gegen Ex-Jugoslawien und bosnische Serben gerichteten Bombardements von einem Planungszentrum in Bann (ebenfalls in der Westpfalz, Landkreis KL) koordiniert. Ein weiterer Stützpunkt in der



Workers Vanguard

New York, 29. Januar: Demonstration gegen die Wiedereinführung der Todesstrafe im Bundesstaat New York




„Kss, ksss, kssss!“ ruft jeder König, „schlagt euch tot! Und nicht zu wenig ...“

Spieß und Schwert mit Schwung gelenkt — erstens kommt es anders, zweitens als man denkt.

Heissassa! — Vorbei der Schreck! So — nun räumt die beiden weg ...

französische Pionier-Zeitung „Mon camerade“

Region ist die Übungseinheit des Warrior Preperation Center in Kaiserslautern-Einsiedlerhof, in dem US-Army, Airforce sowie Offiziere aus anderen NATO-Staaten in Blitzkriegsszenarien unterrichtet werden. Wo während des Kalten Krieges Angriffsszenarien gegen jeden Warschauer Pakt-Staat am Computer entwickelt wurden, werden jetzt die NATO-Drehbücher für Einsätze wie in Bosnien berechnet und geschrieben. Nichts anderes als diese Fakten sind gemeint, wenn der Chef der Staatskanzlei hier in Mainz von sich gibt, daß aus dem Flugzeugträger der alten NATO des Flaggschiff der neuen gemacht wird. Der Ausbau und die Weiterentwicklung der beschriebenen sowie weiterer Stützpunkte, gerade im militärischen Ballungsgebiet Westpfalz ist wichtiger Bestandteil der alten "neuen



Weltordnung". Mußte früher die Ost-West-Konfrontation für die starke Militärpräsenz in der Region herhalten, hat sich die Situation nach dem Zusammenbruch der nominal sozialistischen Staaten verändert. Wo früher die USA, größtenteils unter eigener Regie, zu mörderischen Kreuzzügen Richtung Korea und Vietnam aufgebrochen ist, wird heute, wie es sich zum ersten Mal bei der Operation Wüstensturm gegen die Völker des Iraks zeigte, unter direkter Beteiligung deutschen Know-hows und deutscher Soldaten gemeinsam geplant und gehandelt. Es werden gemeinsam mit anderen NATO-Staaten schnelle Eingreiftruppen zusammengestellt und Bombardements vorbereitet und koordiniert, die zur Aufrechterhaltung des freien Welthandels dienen und den Zugang zu strategischen Rohstoffen sichern sollen. So wurde es auch in den weltpolitischen Richtlinien zur Neugestaltung der Bundeswehr 1992 formuliert und somit die Tür dazu aufgestoßen, überall da auch militärisch einzugreifen, wo die imperialistischen Interessen der BRD gefährdet sind.

Das wiedervereinigte Deutschland zeigt zwar immer stärkeren Ehrgeiz bei der Formierung als imperialistische Großmacht, die unabhängiger von den USA agieren will, ist aber zur Zeit noch auf die Militärmacht bei der Durchsetzung ihrer imperialistischen Machtpolitik angewiesen, ob bei der Aufrechterhaltung des Folter-Regimes in der Türkei oder der einseitigen Unterstützung des präfaschistischen Regimes im heutigen Kroatien. Genauso wie es das Interesse aller NATO-Staaten ist, gemeinsam ihre ökonomische und militärische Vormachtstellung weiter auszubauen. Dazu gehört als Grundlage für die Betonisierung imperialistischer Herrschaft die Möglichkeit, jeden Widerstand der Völker im Trikont und Osteuropa gegen Ausbeutung und Fremdbestimmung (wenn es für notwendig gehalten wird) militärisch auszulöschen. Die rheinland-pfälzische Landesregierung sowie us-amerikanische Stellen versuchen mit Jubelfeiern und populistischen Veranstaltungen ein Klima zu schaffen, das die Menschen hier davon abhalten soll, sich kritisch mit Geschichte und Struktur und den daraus abzuleitenden gemeinsamen Interessen der BRD und USA auseinander zu setzen. Das "Nachbar Amerika Jahr", dessen Name schon in soweit verräterisch ist, da es mit Amerika die USA gleichsetzt,

Amerikanisch-deutsche Verbrüderung
Bitburg 1985

Unsere Väter
und eure
haben **einander**
ermordet

Wir aber wollen nächstens
was zu tun ist
gemeinsam tun

DerGrößere von uns beiden
bleibt dann vielleicht
übrig

(Erich Fried)

hat den Sinn, das wahre Gesicht der USA zu verschleiern. Die imperialistischen NATO-Staaten sind zu allem bereit, wenn es darum geht, innere wie äußere Widerstände gegen ihre Ausbeutungs- und Unterdrückungspraxis zu brechen.

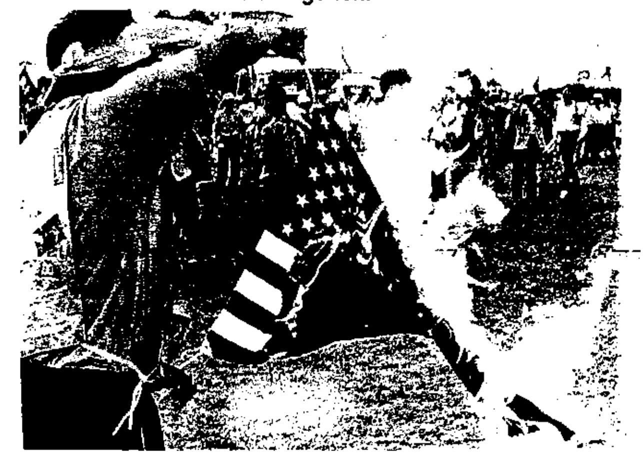
Der Hinrichtungsbefehl gegen Mumia Abu-Jamal, aber auch die Situation der politischen Gefangenen in der BRD sind Beispiele für die repressive und menschenverachtende Praxis beider Staaten und für den kapitalistischen und rassistischen Normalzustand, für den sie stehen.

Es gibt kein ruhiges Hinterland !
Bekämpft den imperialistischen Krieg und seine Stützpunkte !
Freiheit für Mumia Abu-Jamal und alle politischen Gefangenen !

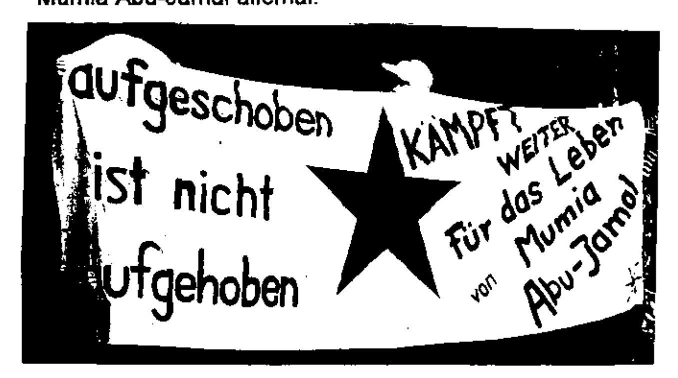
Rassismus, Knast, Todesstrafe und Solidarität

Jede/r dritte Schwarze sieht mindestens einmal im Leben Knastmauern von innen. 1,2 Millionen Menschen sitzen in den Knästen der USA. Über 3000 in Todeszellen. 40% von ihnen sind Afro-Amerikaner/innen, obwohl sie nur 12% der Bevölkerung ausmachen.
Im September d.J. wurde seit der Wiederzulassung der Todesstrafe in den USA 1976 der 300. Gefangene ermordet. Die USA entwickeln die Todesstrafenpraxis weiter; wegen immer mehr Delikten kann sie angewendet werden; sie ist Wahlkampfthema; in immer mehr Bundesstaaten ist sie geltendes Recht (derzeit in 38 von 50, dazu kommen Verurteilungen nach dem Bundes- und Militärstrafrecht); immer mehr Menschen werden zum Tode verurteilt, in die Todeszellen gesteckt und exekutiert. In den ersten neun Monaten diesen Jahres wurden 43 Menschen auf dem elektrischen Stuhl oder mit einer Giftspritze ermordet. Betroffen sind auch psychisch kranke Menschen, zur Tatzeit Jugendliche und, wie erwähnt, überdurchschnittlich viele Schwarze.
Der US-Kongreß plant die Streichung von 20 Millionen US-$, die bislang Anwaltsvereinigungen zugingen, die Todeskandidat/inn/en in der Wahrnehmung ihrer Berufungsmöglichkeiten vertraten. Davon nachteilig betroffen sind arme Menschen, die durch ihre finanzielle Situation schon in ihrem Prozeß unzureichend oder gar nicht verteidigt werden konnten. Wenn ein/e Gefangene/r zu wenig oder nichts über ihre/seine letzten rechtlichen Möglichkeiten weiß, erspart sich die Justiz lang andauernde Berufungsprozesse, und die Menschen können noch schneller hingerichtet werden. Kommt die Gesetzesänderung durch, soviel ist sicher, wird die Zahl der Hinrichtungen weiter steigen.

Mitte Oktober revoltierten Gefangene in den Bundesgefängnissen von Memphis (Tennessee), Greenville (Illinois), Talladega (Alabama), Allenwood (Pennsylvania) und Dublin (Kalifornien). Sie gingen nach dem Hofgang nicht mehr in ihre Zellen zurück, besetzten mehrere Gebäude oder steckten mehrere Zellenblocks an. Die Behörden verordneten mehrere Tage in 80% der Bundesgefängnissen Totalisolation für alle Gefangenen.

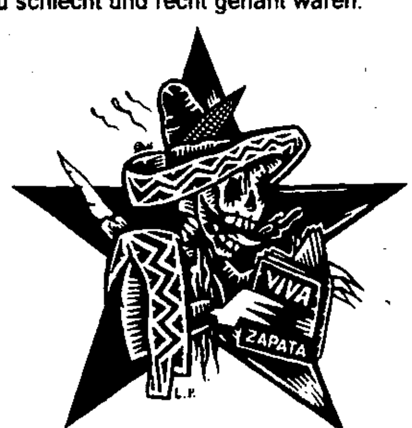


Auslöser der Revolten war eine Entscheidung von US-Präsident Clinton sowie der Mehrheit des Abgeordnetenhauses und des Senats, die gesetzlich vorgeschriebene Mindeststrafe für den Besitz von Crack entgegen den Empfehlungen einer sogenannten Verurteilungskommision nicht zu senken. Der Besitz von fünf Gramm Crack bleibt damit weiterhin bei mindestens fünf Jahren Haft. Der Besitz einer gleichen Menge an Kokain, nach wie vor eine Droge der Weißen, führt hingegen zu einer Haftstrafe von maximal einem Jahr. Crack wird, weil es vergleichsweise billig ist, vorwiegend von jungen Afroamerikaner/innen konsumiert. Die Entscheidung von Clinton & Co ist nur ein exemplarisches Beispiel von vielen, die das rassistische US-System offenlegen.
In die Medien dringt solches nur selten. Und wenn doch, wenn sich Solidarität entwickelt, wird sie von vielen nur auf Einzelpersonen beschränkt. So war es 1970-72, als die schwarze Kommunistin Angela Davis durch einen Mordprozeß zum Schweigen gebracht werden sollte. In einer von den Herrschenden ungeliebten Gruppe organisiert, übte sie auf vielerlei Art und Weise Solidarität mit schwarzen Gefangenen, die des Mordes angeklagt waren. Sie wurde in Juni 1972, auch aufgrund einer weltweiten Solidaritätskampange, vom hinkonstruierten Vorwurf "Verschwörung zum Mord" freigesprochen.
Die Solidaritätsgruppen in aller Welt lösten sich mehr oder weniger schnell auf. Auch im Fall Mumia Abu-Jamal ist die Bewegung abgeebbt (da fassen wir uns auch an die eigene Nase), obwohl Mumias Hinrichtung mit der Verschiebung des Hinrichtungsbefehls keineswegs unwahrscheinlicher geworden ist. Anknüpfungspunkte zur (Weiter-)Entwicklung revolutionärer Politik bietet der Fall Mumia Abu-Jamal allemal.



„Die Regierung schützt Sie“

Der erste Januar war gekommen.
Die dicken Nebel des Morgens lagen noch schwer über der Erde; die im Tau badete.
Als der Tag auf Pebvil herunterfiel, die Nebel sich widerwillig trennten, lösten und verwehten, die Sonne wie in einem Sprung auf dem Rücken der Berge erschien, füllte sich der weite Platz in Pebvil mit Tausenden und Tausenden von Indianern.
Die Massen waren so plötzlich da, als hätten sie während der Nacht irgendwo versteckt gelegen und als hätten nur auf den Sekundenschlag gewartet, an dem der erste Glimmer der Sonne auf einer Bergspitze hervorflickerte, um den Platz zu füllen, so rasch und so dicht, daß man glauben mochte, diese Tausende von Menschen hätten zwischen den Grashalmen und in den natürlichen Furchen des Erdbodens gelegen und seien nun aufgestanden mit einem Ruck.
Ein Gewimmel war es auf dem Platze, wie es nur während des wichtigsten Jahresfest der Nation zu sein pflegte.
Männer, Frauen, Kinder und Hunde in dicht gedrängten Gruppen und in weiten Versammlungen. Alle waren in fröhlichster Stimmung. Da war Lachen, Schreien, Schwatzen, Rufen, Singen, Musizieren über den ganzen weiten Platz hinweg.
Einige Sippen trugen lange Stäbe mit bunten Federbüschen oben, die sich gleich Bannern inmitten ihrer Gruppe aufpflanzten. Andere Sippen waren mit Fahnen gekommen, auf die der heilige Antonio oder die Heilige Jungfrau schlecht und recht genäht waren.



Zwischen den Massen sah man überall die Capitanes mit ihren Hüten, an denen lange vielfarbige Seidenbänder flatterten, als Zeichen ihrer Würde. Auch die sogenannten Capitanes wurden von jeder Sippe in jedem Jahr neu gewählt. Sie waren die Abgeordneten ihrer Sippe oder Gruppe, die ihre Sippe bei den großen Beratungen, denen der Jefe der Nation präsidierte, vertraten. Hier bei dieser Zusammenkunft der ganzen Nation zu einer außerordentlichen Gelegenheit waren sie die Führer und Ordner ihrer Gruppen. So stand jede Gruppe in jeder Minute stets mit dem Zentralrat der ganzen Nation in Verbindung. Alle Capitanes hatten in der letzten entscheidenden Ratsversammlung ihre Anordnungen erhalten, was sie zu bestimmten Zeiten tun sollten, und wie und wohin sie ihre Sippen zu führen hatten, sobald bestimmte Signale vom Zentralrat aus gegeben wurden.
Don Abelardo, el Secretario, war höchst erstaunt, so früh am Morgen die ganze Nation auf dem Platze vor dem Cabildo versammelt zu sehen. Er konnte es sich nicht erklären. Es war kein Markttag und auch kein Heiligentag für irgendeinen der vier Barrios. Er war noch nicht zwei volle Jahre hier, und er kannte nicht alle Feste und Veranlassungen für Versammlungen der Nation. Darum beruhigte er sich vorerst. Dann fiel ihm ein, daß der heutige Tag der erste Januar sei. Und er glaubte, die Nation sei gekommen, um Neujahr zu feiern. Daß die Indianer Neujahr nicht feierten, war ihm unbekannt. Aber er hatte nun eine Erklärung und ging frühstücken.
Etwas später trat er dann wieder in den Portico und fragte einige Indianer, die da in der Nähe standen und miteinander redeten, was der Zweck jener Massenversammlung sei.
Die Gefragten waren merkwürdig rasch mit ihrer Antwort. Sie sagten, sie seien gekommen, weil heute der erste Januar sei. Damit gab sich Don Abelardo zufrieden.

Er schickt Polizisten, Indianer, die in Pebvil wohnten, auf den Platz, damit sie auf Ordnung sehen sollten.
Während er noch herumstand und überlegte, was er nun weiter tun könne, um sehen und fühlen zu lassen, daß er hier die Autorität sei, begannen die Glocken der Kirche zu läuten.
Er sah hinüber zu der Kirche und bemerkte, daß der niedrige Glockenturm mit einer Schar von Jungen besetzt war, die unter Schreien, Johlen und Kreischen die Räder der Glockengestelle wild herumschwangen. Da kam aus dem Busch im Osten des Ortes eine Schar von Indianern mit lustiger Musik anmarschiert. Sie hatten Trommel, Pauken, Flöten, Gitarren und Geigen und spielten Tänze.

Die Leute trugen Stäbe mit Blumen und bunte Federn; die Kirchenfahnen ihres Barrios wurden von einigen Burschen, die sich würdig zu benehmen versuchten vorangetragen.
An den Fahnen erkannte der Sekretär, daß es der Barrio San Miguel war, der da in geschlossener Marschordnung angerückt kam.
Sobald die Massen auf dem Platze die Musik des anmarschierenden Barrios hörten, bemächtigte sich ihrer eine unglaubliche Erregung. Sie schrien hinüber zu den Ankommenden, und junge Burschen in großer Anzahl stürmten ihnen entgegen, um die Marschierenden bei Einmarsch auf den Platz zu begleiten.
In der einmarschierenden Schar erblickte man, dicht hinter den Fahnen, die Capitanos der Sippen des Barrio. Und zwischen jenen Capitanes marschierte Navidad, der Mann, den der Barrio San Miguel zum Jefe gewählt hatte.
Navidad trug seinen Hut ohne Bänder, weil die Bänder aufzustecken eine Handlung in der Zeremonie der Amtseinsetzung war. Aber er trug über der Brust zwei bunte Schärpen, die ihn von den übrigen Männern als Erwählten auszeichneten.
Die Kolonne hatte kaum den äußeren Rand des Platzes erreicht, als Amalio, der Jefe, der im Amte war und laut Decreto im Amt bleiben sollte, in stürmendem Lauf auf den Capitano zugerannt kam, die Tür der Amtsstube aufstieß und dem Secretario zurief: "Sie kommen, sie kommen, sie werden mich töten."
„Unsinn, que loco", sagte Don Abelardo, „niemand wird Sie töten, Don Amalio. Die Regierung schützt Sie."

Als der Sekretär das sagte, schien er aber doch nicht so ruhig und vertrauensvoll zu sein, wie er in seinen Worten auszudrücken versuchte. Er war bleich geworden, rückte seinen Revolvergurt herum, so daß der Revolver weiter nach vorn kam und gegen den vorderen Hüftknochen lehnte. Er sah an sich herunter und überzählte rasch die Revolverpatronen, die in seinem Gurt steckten. Er beruhigte sich ein wenig, als er fand, daß der Gurt bis zur letzten Öse voll gespickt mit fünfundvierziger Patronen war, alle Kerne abgeflacht und mit einer Feile eingekerbt. Die Abflachung der Kerne hatte den Zweck, jeden Schuß, der auf einen Knochen stieß, verheerend für den Getroffenen zu gestalten, während die eingefeilten Rinnen auf der Abflachung dazu dienten, daß sich in jenen Rinnen Schmutz und Mikroben ansammeln sollten, die selbst eine leichte Fleischwunde durch Infektion tödlich werden ließen. Darum trug er alle Patronen stets im Gürtel, damit sich jeglicher Unrat darin festsetzen konnte.
Als der indianische Cacique jetzt so hereingestürmt kam, mit einem Ausdruck des Schreckens auf dem Gesicht, wie er bei einem Indianer selten war, wußte Don Abelardo, warum diese Tausende von Indianern sich hier am Ort versammelten. Jedoch den vollen ernst dieser Situation erkannte er nicht. Als Sekretär und als Bevollmächtigter der Regierung glaubte er sich stark genug, die drohende Lage allein kraft seiner Autorität besänftigen zu können.

(Auszug aus B. Traven (1882-1969) „Regierung", spielt zur Zeit des Diktators Don Porfirio Diaz, der von 1877 bis 1910 Mexico beherrschte)





Solidarität mit dem Befreiungskampf in Mexiko!

Im April dieses Jahres führte ein mexikanischer Genosse des MDIM (Mexikanische unabhängige demokratische Bewegung) eine Veranstaltungsrundreise durch. Eine Veranstaltung war in Saarbrücken, die von der ANTIFASCHISTISCHEN INITIATIVE SAAR organisiert wurde.
Der MDIM ist ein Dachverband, in dem sich viele Organisationen von Bauern und Bäuerinnen, ArbeiterInnen, Arbeitslosen bis hin zu AkademikerInnen zusammengeschlossen haben. Er verfolgt das Ziel, als Unterstützung der bewaffnet kämpfenden Organisationen an der Umgestaltung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung Mexikos mitzuwirken.
Fast zeitgleich fand eine zweite Veranstaltungsrundreise der anarchistischen Gruppe "Amore y Rabbia" aus Mexico-City durch die BRD statt. Zumindest auf einer ihrer Veranstaltungen, in Karlsruhe, wurden unter anderem gegenüber dem MDIM schwere Anschuldigungen erhoben. Von den AnarchistInnen wurde behauptet, die MDIM sei eine Organisation des mexikanischen Staates. Die gleichen Anschuldigungen wurden an eine weitere Gruppe, die PROCUP (Revolutionäre Bewaffnete Arbeiterpartei - Volksunion), gerichtet. Für diese Behauptungen brachten die AnarchistInnen jedoch keinerlei Belege, die wir in einem solchen Fall für unbedingt notwendig halten. Solange diese Behauptungen nicht bewiesen werden, stehen wir in voller Solidarität zum MDIM und der PROCUP! Eine solche Art der Auseinandersetzung ist besonders in Zeiten des bewaffneten Kampfes geradezu verleumderisch, da sie, wenn diese Behauptungen nicht der Wahrheit entsprechen, der betroffenen Organisation "das Genick brechen können", indem die notwendige Unterstützung und Solidarität verhindert wird.
Wir werden aus diesem Grund gemeinsam mit einigen Leuten aus Karlsruhe einen "Offenen Brief" verfassen, in dem alle Anschuldigungen der mexikanischen AnarchistInnen noch einmal dargestellt werden sollen und in dem sie zu einer Stellungnahme und zum Vorbringen von Belegen aufgefordert werden.
Im folgenden werden wir die Aussagen und die Diskussion mit dem Vertreter des MDIM auf unserer Veranstaltung in einem von uns zusammengefaßten Text darstellen. Dabei haben wir besonders den Diskussionsteil auf die unserer Meinung nach wichtigsten inhaltlichen Positionen gekürzt. Wir haben zudem auch auf andere Quellen zurückgegriffen, wenn uns Ereignisse in Mexiko, die nach der Veranstaltung passierten, besonders erwähnenswert erschienen.

Der mexikanische Staat treibt die Faschisierung voran!

Seit dem bewaffneten Aufstand der EZLN (Zapatistische Nationale Befreiungsarmee) am 1.1.1994 im Süden Mexikos in Chiapas, den die mexikanische und internationale Presse, aufgrund des Überraschungsmoments nicht verheimlichen konnte, herrscht besonders auch in der BRD ein Medienboykott, der bisher nur sehr selten durchbrochen werden konnte.
Schon am ersten Tag des Angriffs war die Haltung der mexikanischen Regierung klar - der Aufstand soll im Blut ertränkt werden! Verhindert werden konnte ein noch brutalerer Einsatz der mexikanischen Bundesarmee nur durch die breite nationale und internationale Solidarität und Unterstützung, die der Aufstand hervorgerufen hatte. So führten viele andere Guerilla Organisationen in Mexiko militante Aktionen durch. Am 8.1.94 wurde z.B. eine Ölpipeline in die Luft gesprengt und in Acapulco wurde eine Polizeistation mit Handgranaten angegriffen. Am 12.1.94 demonstrierten in Mexico-City schon über eine Million Menschen zur Unterstützung der EZLN. Auch international gab es viele Demos und Solidaritätskundgebungen. Das mexikanische Volk bereitete die Ausweitung des Aufstandes auf ganz Mexiko vor. Das mexikanische PRI-Regime (Partei der Institutionalisierten Revolution) sah sich gezwungen, seine Vorgehensweise in der Öffentlichkeit von der hauptsächlich militärischen Lösung auf scheinbare Verhandlungen umzustellen. Diese sogenannten Verhandlungen bestanden jedoch lediglich darin, daß die EZLN 34 Forderungen an die mexikanische Regierung stellte, die dann von dieser mit 32 "Antworten", Ausschüsse und Sekretariate ins Leben zu rufen, beantwortet wurden. Wie ernst es den mexikanischen Herrschenden damit war, sieht mensch an der seit Februar dieses Jahres laufenden Offensive der mexikanischen Bundesarmee gegen die von der EZLN kontrollierten Gebiete. 60.000 Soldaten sollen die EZLN vernichten, den Aufstand des mexikanischen Volkes blutig niederschlagen. Mit Beginn dieser Offensive hat die Armee eine Art Kessel um die befreiten Gebiete gezogen. Die Situation für die dort lebende Indigena-Bevölkerung verschlimmert sich täglich, da es nur selten gelingt, eine der von Solidaritätsgruppen organisierten Karawanen durch den Gürtel der Regierungstruppen durchzubekommen. Die KämperInnen der EZLN mußten sich in die Berge der Selva Lacandonia zurückziehen. Für sie ist die Situation in vielerlei Hinsicht noch schwieriger, da sie von der Basis und der notwendigen direkten Unterstützung durch die BäuernInnen abgeschnitten werden.
Die Offensive der Bundesarmee wird in den Berichterstattungen der staatstragenden mexikanischen Medien als eine Polizeioffensive verkauft. Der Grund liegt darin, daß die mexikanische Verfassung den Einsatz der Armee "nur" im Falle eines Krieges von Mexiko mit einem anderen Land oder im Ausnahmezustand erlaubt. Beides ist jedoch nicht der Fall. Die Gefahr, die das mexikanische Volk bedroht, besteht jedoch nicht nur in der Offensive der mexikanischen Bundesarmee. Das mexikanische PRI-Regime hat sich US-amerikanische, argentinische, israelische und spanische Militärberater ins Land geholt, sie hat mit der Regierung Guatemalas verhandelt und erreicht, daß 10.000 Soldaten an die Grenzregion Mexikos entsendet werden. Der mexikanische Saat erhöht ständig seine Waffenimporte.
Die Faschisierung des mexikanischen Staates, der immer offenere Terror gegen die mexikanische Bevölkerung, wird jedoch nicht nur in Chiapas sondern in ganz Mexiko vorangetrieben. Ein Beispiel ist das Massaker der mexikanischen Polizei an einer Gruppe von Bauern der OCSS (Organisation der Bauern der Sierra del Sur) am 28. Juni dieses Jahres. Die Bauern befanden sich im Municipio-District Coyuca im Bundesstaat Guerrero auf dem Weg zu einer Protestdemonstration. Zwei Hundertschaften der Sicherheitspolizei und motorisierte Polizeieinheiten lauerten den Bauern auf und eröffneten aus einem Hinterhalt das Feuer. Dabei wurden 17 Bauern ermordet und 19 schwer verletzt. Acht sind noch vermißt.
(Quelle: "Resistencia Mexicana", Nr. 4 - S.2)

Der Führer der mexikanischen Revolution von 1910-1919 Emiliano Zapata

Die Kämpfe des mexikanischen Volkes begannen natürlich nicht erst am 1.1.1994, mit dem bewaffneten Aufstand der EZLN. Der Neujahrstag 1994 war das Datum, an dem die ganze Welt von der Unterdrückung des mexikanischen Volkes erfahren hat. Aber die Entstehung der EZLN wie auch der vielen anderen für den bewaffneten Kampf eintretenden Organisationen liegt jedoch schon viele Jahre zurück.
Um den Kampf heute zu verstehen, ist es wichtig, etwas über die mexikanische Revolution von 1910-1919 zu wissen, da sich die heutige revolutionäre Bewegung Mexikos in deren Tradition sieht und die damaligen Forderungen noch dieselben wie heute sind. Ihre Anführer waren die Revolutionäre Emiliano Zapata und Pancho Villa, die das mexikanische Volk unter den Losung "Land und Freiheit" in den Kampf führten. An dieser Revolution nahmen breite Teile der Bevölkerung insbesondere der armen Bauern und der Indigenas teil. Überall im Land führten die bewaffneten Bauerneinheiten Landbesetzungen durch und konfiszierten das Land der Großgrundbesitzer. An der Revolution nahmen aber auch Teile der Herrschenden Mexikos teil, die gegen das alte klerikale und feudale System und für eine verstärkte kapitalistische Entwicklung eintraten. Sie versuchten auf der einen Seite die Bauernbewegung für ihre Zwecke auszunutzen; auf der anderen Seite traten sie für ihre Entwaffnung ein, wenn das Anwachsen der revolutionären Bewegung ihnen selbst gefährlich wurde. Am 10. April 1919 ließen sie E. Zapata auf heimtückische Art und Weise ermorden. Während dieser Revolution ließen die mexikanischen Herrschenden insgesamt 10% der Bevölkerung, 1 Million Bauern und Bäuerinnen, ermorden.
Die unter dem Druck der bewaffneten Volksmassen erkämpfte, für die damalige Zeit sehr fortschrittliche Verfassung Mexikos wurde dann jedoch im Laufe der Jahre immer mehr ausgehöhlt, die mexikanischen Herrschenden griffen immer öfter zu Repression und Terror gegen die Bevölkerung.



Entstehung der Guerillaorganisationen

1968 entstand in Mexiko eine starke StudentInnenbewegung, die sich der repressiven Politik des mexikanischen Staates zur Wehr setzte. Die StudentInnen forderten unter anderem die Einhaltung der mexikanischen Verfassung z.B. die Auflösung der paramilitärischen, verfassungswidrigen Polizeieinheiten. Der mexikanische Staat startete daraufhin eine riesige Medienhetze gegen die StudentInnenbewegung, die StudentInnen wurden als Verbrecher diffamiert. Die Proteste konnten jedoch nicht abgewiegelt werden, die beiden größten Universitäten Mexico-Citys wurden besetzt. Bei einer Demonstration mit 100.000 TeilnehmerInnen eröffnete die Armee dann das Feuer. Mehr als 200 (bis zu 1.000, je nach Quellenangabe) DemonstrantInnen wurden erschossen.
Von der mexikanischen Armee wurden nach diesem Massaker nur 37 Leichen an die Angehörigen der Opfer herausgegeben, die restlichen wurden in einer Polizeikaserne verbrannt. In diese Zeit fällt auch die Entstehung der ersten für den bewaffneten Kampf eintretenden Organisationen, wie z.B. der PDLP (Partei der Armen) oder der PROCUP.
1978 schlossen sich dann sieben Organisationen, die für den revolutionären bewaffneten Kampf eintreten, im MRM (Revolutionäre Bewegung Mexikos) zusammen. In diesem Bündnis sind unter anderem auch die PDLP/PROCUP vertreten.

Der Kampf des mexikanischen Volkes wächst - in den Städten, auf dem Land und in den Knästen!

Die EZLN ist zur Zeit die einzige international bekannt gewordene Organisation. Mit ihrem Kampf sympathisieren immer mehr BäuerInnen und ArbeiterInnen.
Die Bauern haben ihre Angst verloren und gehen mittlerweile selbst an die Lösung ihrer dringendsten Probleme.
Der mexikanische Genosse erzählte, wie diese immer breitere Teilnahme der mexikanischen Bevölkerung am revolutionären Kampf aussieht:
Zur Zeit ist in Chiapas das Gebiet von 900 Großgrundbesitzern besetzt. Diese Aktionen führen dazu, daß sich immer mehr Menschen den Kämpfenden anschließen, da sie sehen, daß diese Art des Kampfes funktioniert. Damit verbunden ist auch die Erkenntnis, daß nicht nur die Großgrundbesitzer ihre Feinde sind, sondern auch der mexikanische Staat. Von den Tausenden, die sich an den Landbesetzungen beteiligen, schließen sich dann auch wieder hunderte den Guerillas an.
Über die Großgrundbesitzern in Mexiko zu reden ist jedoch nicht möglich, ohne zumindest kurz auf die Rolle der deutschen Großgrundbesitzer und der BRD einzugehen. Seit der Jahrhundertwende ist der Kaffeeanbau und -handel Mexikos fest in deutscher Hand. In der Industrie haben Firmen wie BASF, VW, BAYER usw. in wichtigen Bereichen längst die Marktführung übernommen. Insgesamt steht die BRD mittlerweile an der 2. Stelle in Mexiko.
Der immer breiter werdende Kampf des mexikanischen Volkes bedeutet jedoch auf der anderen Seite ein immer offener angewandter Terror des mexikanischen Staates, die verschärfte Vorantreibung der Faschisierung.

\- FALLS SIE ES NICHT WISSEN -

Die kapitalistische Bourgeoisie,
die Monopole,
die imperialistischen Dinosaurier
der ganzen Welt glauben,
daß sie mit Hunderten oder Tausenden
von Revolutionären fertig werden, aber mit ihren
Idealen werden sie nicht fertig.
Mit Millionen von Revolutionären werden sie nicht fertig,
die bereit sind, für ihr Volk zu kämpfen,
die bereit sind, das neue Regime aufzubauen,
die bereit sind, ein neues
revolutionäres Bewußtsein zu schaffen,
die bereit sind, für ihr Volk zu sterben,
bis wirkliche
DEMOKRATIE, FREIHEIT, GERECHTIGKEIT
herrscht.

(Gedicht von Joel Martinez Gonzales, einer der politischen Gefangenen der wegen Mitgliedschaft in der EZLN angeklagt ist, geschrieben im Juni 1995, Quelle: Resistencia Mexicana, Nr. 4)

In den Knästen Mexikos sitzen schon mehr als 10.000 politische Gefangene von revolutionären oder demokratischen Organisationen (Quelle: "Rote Hilfe"). Die Lage der politischen Gefangenen ist innerhalb Mexikos sehr verschieden. Auf dem Land ist ihre Situation schlimmer, da es dort noch wenige Gefangenorganisationen gibt. Die Gefangenen in den größeren Städten haben die Organisierung in den Knästen vorangetrieben und ihre eigenen Forderungen aufgestellt. So entstand 1990 in einem Gefängnis im Norden von Mexiko City die erste Organisation der heutigen Nationalen Dachorganisation für politische Gefangene (Nationale Koordination der politischen Gefangenen Mexikos, CNPPM), das von Mitgliedern der PROCUP-PDLP gegründet wurde.

Mit einem Auszug aus einer Erklärung eines Gefangenenkollektivs der PROCUP-PDLP und einem Auszug aus einer Erklärung der PROCUP-PDLP wollen wir auch schließen:
"Angesichts der militärischen und polizeilichen Offensive des mexikanischen Staates gegen die EZLN, gegen unsere indigenen Brüder und Schwestern in Chiapas und gegen das Volk überhaupt und unter Berücksichtigung des Verlaufes der Ereignisse ist es die Pflicht der revolutionären Organisationen, Armeen und Parteien, die wir die revolutionäre Bewegung bilden, zu entlarven, daß die vom mexikanischen bürgerlichen Staat durchgeführten Maßnahmen der Aufstandsbekämpfung dienen, und sich für die Schlacht gegen den Feind vorzubereiten, indem wir seinen Hauptkräften gezielte militärische Schläge versetzen und inmitten dieses Kampfes die revolutionäre Einheit vorantreiben."
Lokales Komitee des Revolutionären Aufbaus im Bundesstaat Chiapas (PROCUP-PDLP)
(Quelle: "Resistencia Mexicana" Nr. 3 - S.17)

"Die PROCUP-PDLP ruft das Volk von Mexiko auf:
Kämpft für die sozialistische Revolution. Sie ist der Weg für die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft und macht ein für alle Mal Schluß mit dem kapitalistischen System! Stärkt und festigt das antiimperialistische Bewußtsein! Schafft nach Bevölkerungsteilen oder gebietsmäßig gebildete Organe der Volksmacht, die konkret und praktisch die unmittelbaren Forderungen der Massen einlösen! Weitet den politischen Kampf der Massen aus, organisiert und praktiziert das Recht der Massen auf Selbstverteidigung! Beteiligt euch aktiv an den Aufgaben der neuen Revolution!"

Solidarität mit dem Befreiungskampf in Mexiko!!!

Solidaridad con la lucha de liberacion en Mexiko!!!

Freiheit für alle politischen Gefangenen!!!

Wer weitere Informationen möchte, schreibt an unsere Kontaktadresse: S. Lorz, Postfach 1527, 66406 Homburg / Saar

ANTIFASCHISTISCHE INITIATIVE SAAR

Die Kriegstreiberei stören und angreifen
Saarlandbrigade raus aus Kurdistan

Unter diesem Motto riefen einige Gruppen (Autonome Antifa, ANtifaschistische NAchrichten Saar, Gruppe basis, mehrere Einzelpersonen und ein Losheimer Bündnis) zu einer Kundgebung mit anschließender Demonstration gegen das öffentliche Rekrutengelöbnis der Saarlandbrigade am 13.11.1995 in Wadern auf. Zunächst waren diese "Feierlichkeiten" für den 9.11. 1995 (Reichspogromnacht) angesetzt, wurden dann jedoch aufgrund öffentlicher Proteste verschoben.
Die Saarlandbrigade ist ein wesentlicher Teil der Krisenreaktionskräfte der NATO und war als solcher an der Seite des NATO-Mitgliedes Türkei an 4 Manövern im besetzten Teil Kurdistans beteiligt. Der Ausrottungskrieg des türkischen Militärs gegen das kurdische Volk wird nicht nur durch Eliteeinheiten des deutschen Militärs, sondern auch durch deutschen Waffenexport unterstützt. Zudem werden auch in der BRD KurdInnen, sei es durch das Verbot der PKK oder anderer kultureller sowie politischer Einrichtungen und Veranstaltungen, unterdrückt und verfolgt.

Kundgebung & Demo

An der Kundgebung auf dem Waderner Marktplatz, welche für 16.30 h angesetzt war, nahmen ca. 300 Leute teil. Es wurden insgesamt 5 Redebeiträge, 2 vom Saarbrücker Bündnis und 3 vom Losheimer Bündnis, gehalten. "Wir haben die heutige Demonstration für uns, über die übliche Protestroutine hinaus, als Störaktion bestimmt, als bewußte politische Intervention gegen die Absicht, die Militärpropaganda möglichst reibungslos in Szene zu setzen. Es ist uns bewußt, daß die Aktion heute nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung sein kann. Über den aktuellen Anlaß hinaus ist es notwendig, langfristig für eine antiimperialistische Orientierung als eine Grundlage linker Fundamentalopposition zu kämpfen. Theoretisch und praktisch hat die Radikale Linke hier eine Menge an Boden gut zu machen. Ob es jetzt um antifaschistische, antiimperialistische oder antirassistische Mobilisierungen geht - es darf beim bloßen Widerstand nicht stehen bleiben." (Auszug aus Redebeitrag von: Autonome Antifa, ANtifaschistische NAchrichten Saar, Gruppe basis, u. Einzelpersonen).
Anschließend wurde sich zum Losgehen aufgestellt. Es gab zwei Demoblöcke, welche im Abstand von 5 min. losgehen sollten. Zwei Demos deshalb, weil sich die beiden Bündnisse nicht auf ein gemeinsames Demokonzept einigen konnten. Die Demo, die zuerst losging, wollte die Gelöbnisfeier offensiv (siehe oben, Auszug) stören und auch wenn möglich versuchen, durch Bullensperren durchzubrechen, um möglichst nahe an den Sportplatz, auf dem die Veranstaltung stattfand, ranzukommen und diese durch Parolen, Tröten, Pfeifen, usw. massiv zu stören. Während die zweite Demo nur durch Transparente und Parolen die BesucherInnen auf sich aufmerksam machen wollte.

Der erste Demozug (ca. 150 Leute) ging schließlich angeführt von einem Bullenwagen in Richtung Sportplatz los. Wir stifteten bei den Bullen einige Verwirrung, da nur die zweite Demo angemeldet war und wir eine völlig andere Route gingen um uns wenig später querfeldein dem Sportplatz zu nähern. Wir kamen dann bis ca. 50 Meter an den Platz heran und machten uns lauthals durch Feuerwerkskörper, Fußballtröten, Parolen, usw. bemerkbar. Da wir den Bullen wohl doch etwas zu weit vorgedrungen waren, haben sie angefangen, uns von vorne, rechts und links einzukesseln. Die Demoleitung pfiff zum Rückzug, daraufhin verzogen sich die Bullen wieder und wir entschlossen uns dann doch noch zu bleiben. Kurz vor Beendigung der Gelöbnisfeier gingen wir in der Demo zum Marktplatz zurück, wobei ein BMW-Fahrer rücksichtslos und gefährlich nahe am Demozug vorbeigerast ist und sich dann auch noch gewundert hat, daß sein Auto ein paar Dellen abbekommen hat. Auf dem Marktplatz hat sich die Demo dann aufgelöst.
Die Demo, die als zweites losgegangen ist hat sich wohl auf der Straße zum Sportplatz aufgestellt, was aber wohl nicht so effektiv war.
Insgesammt gesehen kann unsere Aktion als voller Erfolg gesehen werden. Wir sind nahe an das Gelöbnis herangekommen, unsere Parolen waren auf dem ganzen Sportplatz perfekt zu hören, was einige Offiziere doch recht in Rage gebracht hat. Nur unsere Unentschlossenheit beim Anrücken der Bullen und die damit verbundene Hektik ist im Nachhinein zu kritisieren.
Hinzufügend ist noch zu sagen, daß bei einer Vorkontrolle die Bullen einen 15-jährigen Kurden verhaftet haben, weil er angeblich abgeschoben werden sollte, was nur wieder ein Beweis für den staatlichen und institutionellen Rassismus in der BRD ist.
Der Kurde wurde später aber auf Druck der Losheimer "Aktion 3. Welt" wieder freigelassen.

Gegen den weltweiten Einsatz der Bundeswehr!
Hoch die internationale Solidarität!



AStA-Uni-KL
Veranstaltungsprogramm
Novemberer / Dezember '95

28.11. FILM: Rom-offene Stadt

29.11. „Euthanasie und Rassismus im gesellschaftlich-politischen Kontext." Vortrag von Oliver Tolmein mit anschl. Diskussion.
Bau 46, Raum 110 — Beginn 20 Uhr

30.11. Vortrag über den Aufstand in Chiapas und seine Ursachen in der mexikanischen Gesellschaft. Mit Ulrich Merker (ila).
Kramladen, unter Bau 46 — Beginn 19 Uhr
Außerdem zeigen wir am 28.11. um 17 Uhr im Kramladen ein Fernseh-Interview mit dem Sprecher der EZLN Marcos.

5.12. LESUNG: mit den Titanic-Redakteuren Zippert & Schmidt
Bau 46, Raum 110 — Beginn 20 Uhr
FILM: Willow

6.12. KONZERT: Harry Coltello Singer/Songwriter, plus Nikolausfeier
Kramladen, unter Bau 46 — Einlaß 21 Uhr

12.12. FILM: Double Feature Wim Wenders
Alice in den Städten / 5 Kurzfilme (incl. Chambre 666)

13.12. Bericht von der Weltfrauenkonferenz in Peking von Soheila Amintorabi-Beizawi (NGO- Vertreterin aus dem Iran)
Bau 46, Raum 110 — Beginn 17.15 Uhr

17.12. Projekt Männerarbeit: Eberhard Schäfer von der Zeitschrift Moritz spricht über das Thema 'Leistungsprinzip & Männlichkeitsbild.'
Bau 46, Raum 110 — Beginn 17.15 Uhr

19.12. FILM: Double Feature Weihnachten
Die Muppets erobern Manhatten/ Der Zauberer von Oz

FILM immer Di. 20 Uhr in Bau 1, Raum 006

AStA der Uni Kaiserslautern * Erwin-Schrödinger-Str. * 67663 Kaiserslautern * Tel: 0631/205-2228

Der kurdische Befreiungskampf und internationale (Menschen-)Rechte

Wenn heutzutage Menschen in der BRD gefragt werden, was PKK bedeutet, so könnte die Antwort lauten: "Das ist eine terroristische Vereinigung."
Diese Feststellung käme von unkritischen Personen, bei denen die Implantierung zurechtgestutzter Informationen durch die Bundesregierung via Medien funktioniert hat.
Der nachfolgende Artikel stützt sich auf ein Referat des Rechtsanwalts Michael Schubert (Freiburg) und versucht, geltendes Recht, speziell in Bezug auf Befreiungsbewegungen, zu erläutern, sodaß LeserInnen in der Lage sein werden, sich selbst ein Bild der Zusammenhänge zu machen, ohne den Lügen der Herrschenden glauben zu müssen.
Wir wollen jedoch festhalten, daß alle Gesetze, Kriegs- oder Völkerrecht betreffend, ausschließlich von Herrschenden gemacht wurden. Aus diesem Grund lehnen wir diese Gesetze als Teil eines ausbeuterischen Staatenbundes ab. Sie konnten niemals wirklich die Menschenrechte garantieren, sie waren und sind letztlich nur Machtinstrumente in den Händen der Regierenden, die sie in ihrem Interesse anwandten oder nicht.
Wenn wir jetzt im folgenden diese Gesetze zitieren oder uns auf sie berufen, so wollen wir damit in erster Linie die Gegensätze zwischen heutiger Realität und dem auf Papier geschriebenen "geltenden Recht" darstellen.



Zunächst einige grundlegende Tatsachen:
Jedem und jeder dürfte mittlerweile bekannt sein, daß die BRD intensiv, vor allem an die türkische Regierung, Waffen liefert. Grundlage hierfür ist die strategische Doktrin der NATO.
Das Problem der Bundesregierung, ihrer EU-Partner und der NATO-Staaten besteht darin, daß angesichts bekannter Folterungen und anderen Menschenrechtsverletzungen im türkisch besetzten Teil Kurdistans das Mittel der Vertuschung gegenüber der Öffentlichkeit bezüglich der Waffenlieferungen für sie die einzige Konsequenz ist.
Aus diesem Grund werden hierzulande alle Menschen, die eine solche Vertuschung nicht mittragen oder diese sogar aufdecken wollen, politisch verfolgt und weggesperrt.
Zensur und Repression, ausgehend vom "Ministerium für innere Sicherheit", offiziell Innenministerium genannt, sollen alle Menschen, die mit der Aufdeckung von Menschenrechtsverletzungen beschäftigt sind, mundtot machen. Diese Menschen sind in der Lage, die Realität beispielsweise in Kurdistan zu dokumentieren und diese entspricht nun mal nicht den scheinheiligen Menschenrechtsansprüchen der EU- und der NATO-Staaten.
Das aktuelle taktische Problem der NATO-Staaten besteht darin, daß sie selbst aufgrund ihrer strategischen Interessen gegen die irakische Regierung die "Kurden-Frage" bereits thematisiert haben. Würden sie nicht pro forma Kritik an der türkischen Regierung äußern, würde offenkundig werden, daß sich ihre Politik nicht nach den Menschenrechten, sondern nach rein wirtschaftlich-strategischen Interessen richtet. Die BRD und die NATO arbeiten wohl kaum an Plänen zur friedlichen Lösung des Konflikts in Kurdistan.
Für uns steht fest, daß gewisse Forderungen einer Lösung zugrunde gelegt werden müssen.
Das betrifft vor allen Dingen die Beendigung der Diskriminierung des Befreiungskampfes des kurdischen Volkes als Terrorismus und die unter diesem Etikett gerechtfertigte Kriminalisierung (§ 129a) sowie die Verletzung aller Menschenrechte, insbesondere die verstärkte Beschneidung aller Grundrechte in der BRD.
Die Beseitigung einer innerstaatlichen Kriminalisierung von KritikerInnen steht als Grundforderung, losgelöst vom jeweiligen Engagement, für welche Befreiungsbewegung auch immer.
Das Übel besteht nicht hauptsächlich in der Judikative, die beispielsweise noch in der Lage ist, prokurdisch eingestellte türkische Rechtsanwälte mit einem Menschenrechtspreis auszuzeichnen, sondern vielmehr in der Legislative, die Bewegungen mit dem terroristischen Stempel brandmarkt, um die Exekutive vollstrecken zu lassen.
Der bewaffnete Konflikt in Kurdistan ist eine Folge der kolonialen Unterdrückung und muß als Befreiungskampf die nötige internationale Anerkennung finden.
An dieser Stelle wollen wir bestehende menschenrechtliche Bestimmungen sowie das sogenannte humanitäre Kriegsvölkerrecht, von der BRD offiziell anerkannt, zitieren.
Die Genfer Konvention von 1864, die Haager Landkriegskonventionen und weitere schriftliche Erklärungen europäischer Staaten bilden eine Art von Grundlage zur Kriegsführung.
Wer jegliche Form von Krieg ablehnt, wird es mit der folgenden Argumentation eventuell etwas schwer haben. Es ist jedoch wichtig, sich in diesen Dingen zu bilden, da auch die NATO oder europäische Regierungen diese "Rechte" anerkannt haben und ihre Politik gelegentlich danach ausrichten.
In den Gesetzen geht es im Wesentlichen von vornherein um die Begrenzung der zulässigen Mittel des Krieges, die humanitäre Behandlung der Zivilbevölkerung und die des politischen Gegners oder Feindes im Krieg.
Bereits die zum IV. Haager Abkommen gehörende Landeskriegsordnung traf interessanterweise Regelungen, die in gewissen Umfang PartisanInnenkämpfe als Kriegshandlungen berücksichtigen und PartisanInnen als KombattantInnen erfaßten.
Diese Gesetze von 1907 sind wohlgemerkt heute immer noch international geltendes Recht.
Etwas schwierig erscheint es, die damalige klare Vorstellung von Krieg und Frieden, von KombattantInnen und NichtkombattantInnen in die heutige Zeit zu transferieren.
Die damaligen Staaten betrachteten das jus belli (Recht zum Krieg) als ihr Privileg, da sie sich als souveräner Staat mit regulären staatlichen Armeen verstanden.
Es verhält sich heute wohl ähnlich, was die als Privileg betrachtete Gewaltausübung der Bundesregierung nach Innen und nach Außen betrifft.
Die "klassische" Vorstellung des Kriegsvölkerrechts erscheint angesichts der damaligen klaren begrifflichen Unterscheidungen als veraltet und erfaßt das heutige Geschehen zum großen Teil nicht mehr. Es existiert eine Auflösung der Unterscheidung von innerstaatlichen und internationalen Kriegen vor dem Hintergrund von Weltwirtschaft und Einschränkung einzelstaatlicher Souveränität.
Auch sind heutzutage meist alle in einen Krieg einbezogen, KombattantInnen sowie die Zivilbevölkerung, die nach "klassischen" Völkerrecht nicht kriegsbeteiligt war.
Das Bild des konventionellen Krieges löst sich auf.
Vor allem die NATO-Strategie beinhaltet die Möglichkeit zur totalen Kriegsführung, zur vollständigen Vernichtung nicht nur des Feindes, sondern auch der Erde.
Als Reaktion auf eine solche Strategie gewinnt die Form des Partisanenkampfes beziehungsweise der Guerilla überragende Bedeutung als Kampfmethode, vor allem für die Unterdrückten.
Die Haltung der BRD als NATO-Staat in Bezug auf den kurdischen Befreiungskampf und seine KämpferInnen spricht Hohn, wenn wir das Genfer Abkommen von 1949 betrachten. In dem von der BRD mitunterzeichneten dritten Abkommen, das im wesentlichen die Behandlung von Kriegsgefangenen regelt, wird eine Ausweitung des Kriegsbegriffs für internationale Konflikte definiert. Dies betrifft nicht nur erklärte Kriege, sondern alle bewaffneten Konflikte zwischen Völkerrechtssubjekten, selbst dann, "wenn der Kriegszustand von einer dieser Parteien nicht anerkannt wird" oder als Terrorismus falsch ausgelegt wird.
Als KombattantInnen werden jetzt ausdrücklich auch die Mitglieder von Widerstandsbewegungen und zwar auch im Fall der bereits erfolgten Besetzung des betreffenden Landes anerkannt. Gerade diese rechtliche Begriffsprägung der KombattantInnen läßt einen Ausdruck wie "TerroristInnen" nicht zu. Demnach wären PKK-KämpferInnen oder die ERNK, usw., keine terroristischen sondern kombattante Vereinigungen.
Im Artikel 3 des Abkommens steht auch, daß eine Anerkennung der am bewaffneten Konflikt beteiligten Gegenpartei durch den betreffenden Staat jetzt nicht mehr erforderlich ist, vor allem im Hinblick auf die entsprechend garantierte Behandlung nach dem Völkerrechten.
Artikel 21 ff. regeln die grundsätzliche Internierung und gestattet weitgehende Freizügigkeit von Kriegsgefangenen, das heißt aber vor allem, jede Art des Strafvollzugs, wie er in türkischen und deutschen Knästen passiert, ist verboten.
Es wird noch konkreter.
Kriegsgerichtsverfahren im Sinne der türkischen Standgerichte sind überhaupt nur zulässig, wenn der oder die Kriegsgefangene nachweislich eine nicht zulässige Kriegshandlung (zum Beispiel Legen eines Hinterhalts) begangen hat, was beispielsweise wohl kaum auf JournalistInnen zutrifft.



Der kurdische Befreiungskampf und internationale (Menschen-)Rechte

Ein schon 1945 verabschiedetes Gesetz ist die Charta der Vereinten Nationen, deren Bestehen dieser Tage noch heftig gefeiert wird. Leider verhält es sich mit der Anerkennung ihrer grundlegenden Bestimmungen im Hinblick auf bewaffnete Befreiungskämpfe nicht so einmütig.
Insbesondere bezüglich des Aggressionsverbotes in Artikel 2 der Charta, vielfach gegen die Stimmen oder bei Stimmenthaltung der NATO- Staaten verabschiedet.
In der grundlegenden "Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker von 1960 heißt unter anderem:
"-Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung; Kraft dieses Rechts bestimmen sie frei ihre politische Gestalt und streben frei nach wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklung.

-Alle bewaffneten Aktionen und Unterdrückungsmaßnahmen, gleich welcher Art, gegen abhängige Völker sind einzustellen, um ihnen die friedliche und freie Verwirklichung ihres Rechts auf volle Unabhängigkeit zu ermöglichen; die Unantastbarkeit ihres nationalen Territoriums wird beachtet."
In der Resolution 3103 der UN-Generalversammlung von 1973 heißt es:
"- Der Kampf der Völker unter kolonialer und Fremdherrschaft und rassistischer Regimes für die Durchsetzung ihres Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit ist legitim und in voller Übereinstimmung mit den Prinzipien des Völkerrechts.
- Jeder Versuch, den Kampf gegen koloniale- und Fremdherrschaft und rassistische Regimes zu unterdrücken, ist unvereinbar mit geltendem Recht und stellt eine Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit dar."
In dieser Resolutionspraxis wird also herausgearbeitet, daß nicht nur die unterdrückten Völker, die zu den Waffen greifen, Aggressoren sind, sondern vielmehr die Kolonial- und Besatzungsmächte, die das Recht auf Selbstbestimmung, besonders die Definition von Befreiungskampf als bewaffneten legitimen Konflikt, wurden vielfach gegen Blockierung und Verzögerung der NATO-Staaten durchgesetzt.



Interessant ist auch die Tatsache, daß Unterdrückte oder FreiheitskämpferInnen den KombattantInnenstatus bereits dann erhalten, wenn sie im bewaffneten Konflikt einer von ihnen bestimmten Vertretung oder Gruppe, also beispielsweise ERNK, PKK oder anderen, angehören. Hierbei spielt es keine Rolle, ob sie als "Staat" anerkannt werden oder nicht.
Wir könnten hier noch etliche Bestimmungen, zum Beispiel in Bezug auf Kriegsgefangene oder deren Behandlung zitieren, doch das würde zu lang werden.
Etwas, was wir hier an dieser Stelle noch wichtig finden, ist, den in unserer Gesellschaft fälschlicherweise verwendeten Begriff "Terrorismus" zu durchleuchten. Dieser taucht nämlich nicht ein einziges Mal in diesem Wortlaut in den Völkerrechten auf. Jeder Jurist wird bestätigen müssen, daß diese, von der Bundesregierung geprägte, Wortschöpfung unseriös ist und durch die Pervertierung des Begriffs KombattantInnen entstanden ist.

So sind beispielsweise Angriffe auf zur Kriegsführung dienende Objekte des Gegners durch die Gesetze und Gebräuche des Kriegs gedeckt.
Dies betrifft auch die Tötung feindlicher KombattantInnen (im Fall der Türkei beispielsweise Soldaten und Polizisten, soweit letztere, wie es häufig vorkommt, in die antikurdische Kriegsführung einbezogen sind.)
Derartige Vorgänge haben mit Terrorismus überhaupt nichts zu tun, werden aber von Seiten des türkischen Regimes mit direkter Unterstützung der BRD ständig als "terroristisch" deklariert.
Da eine solche Begriffsverklärung auch starke Konsequenzen auf die Verfolgung kurdischer FreiheitskämpferInnen und SympathisantInnen in der BRD hat, vor allem, was die Verfolgung nach §129a, sogenannte "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" betrifft, fordern wir sofortigen Stopp der Diskriminierung durch die deutsche Regierung.
Der Völkermord in Kurdistan ist täglich gegenwärtig, auch wenn in den Medien nichts darüber berichtet wird.
Umso wichtiger ist der Widerstand gegen die Praktiken von BRD, türkischer Regierung und NATO.
KurdInnen kämpfen mit der Waffe in der Hand gegen ihre UnterdrückerInnen, was ihr "gutes Recht" ist und wir sollten alles in unserer Kraft liegende tun, um diesen gerechten Freiheitskampf zu unterstützen.
Laßt euch von Kohl, Kanther, Kinkel nicht länger verarschen, sie haben als Teil dieses Herrschaftssystems ein starkes Interesse daran, den Krieg in Kurdistan am Laufen zu halten.
Mit dem Tod vieler tausender Menschen, nicht nur in Kurdistan, haben sie bares Geld verdient.
Jegliche Opposition, schwächer oder stärker, wollen sie mit ihren juristischen Konstrukten unterdrücken.
Laßt Euch nicht einschüchtern, denkt nach und schlagt zurück.
Solidarität mit allen Befreiungsbewegungen und den Menschen, die den Mut haben, für Freiheit und Selbstbestimmung zu kämpfen.



Friedliche Lösung in Kurdistan ? Bullenlösung in Köln !

Am 18. November sollte in Köln eine bundesweite Demonstration „Für eine politische Lösung in Kurdistan" stattfinden, zu der ein breites Bündnis von 120 Gruppen und Einzelpersonen aus der ganzen BRD aufgerufen hatte. Auch K.O.K.-roaches rief zu der Demo auf, deren Forderungen von „Stopp der deutschen Waffenlieferungen" über „Keine Abschiebungen in den Folterstaat Türkei" bis zu „Aufhebung des Verbots der PKK, ERNK und aller kurdischen Vereine" reichten.
Am 14. wurde die Demo vom Kölner Polizeipräsidenten verboten, alle juristischen Schritte dagegen waren wirkungslos. Begründet wurde das Verbot unter anderem damit, daß linksradikale Gruppen (mit)aufgerufen hatten und daß vor allem KurdInnen mobilisiert werden würden, was die „Sicherheit und Ordnung" gefährden würde.
Am Samstag versammelten sich einige hundert Menschen in der Kölner Innenstadt, um gegen das Verbot der Demo zu protestieren; 2200(!) wurden schon bei Vorkontrollen abgefangen und nach Hause geschickt.
In anderen Städten (so in Frankfurt und Aachen) wurden Leute daran gehindert, in die Busse nach Köln zu steigen.
Als sich an der Kölner Domplatte dann ein Demozug von etwa 500 Menschen in Bewegung setzen wollte, wurde er von dem riesigen Bullenaufgebot mit Knüppeln und Tränengas zum Halten gezwungen und kurz danach eingekesselt. Einige konnten dem Kessel entkommen, in dem zu Anfang noch gute Stimmung war, doch als der Kessel mit Knüppelhilfe in drei Teile geteilt war, wurden die restlichen 260 Leute, zum Teil mit grober Gewalt, festgenommen und in Bullenbusse getrieben.
Alle 260 wurden zu einer Polizeischule gefahren, die Leute in den ersten zwei Bussen komplett ED-mißhandelt und dann in Unterrichtsräume gesperrt.
Die Gefangenen in den anderen zwei Bussen widersetzten sich der ED-Behandlung, was nach vier Stunden mit Verhandlungen, einigen Polizeiübergriffen und reichlich zerstörten Bussen auch durchgesetzt werden konnte.
Auch in den „Klassenzimmern" gingen die Auseinandersetzungen weiter. Einzelne wurden mit dem Vorwurf, sie hätten Einrichtungen zerstört, was auch recht effektiv geschah, aus den Räumen gezerrt und auf den Fluren übel verprügelt und werden dazu noch Verfahren wegen Sachbeschädigung an den Hals bekommen.
Die etwa 50 festgenommenen Frauen waren zudem noch den übelsten sexistischen Anmachen und Angriffen der Bullen ausgesetzt.

Alles in allem hat es allein in der Polizeischule mindestens 20 verletzte Gefangene gegeben.
Nach etwa 10 Stunden wurden die letzten Gefangenen freigelassen, d.h. in 6er-Gruppen am Kölner Stadtrand ausgesetzt.
Das massive Vorgehen der Polizei, die mit etlichen Hundertschaften vor Ort war (eine Kölner Zeitung schrieb im Vorfeld der Demo von der „Polizeifestung Köln"), kann nur als Versuch verstanden werden, Protest und Gegenöffentlichkeit zu einer Politik der Waffenexporte und der Beteiligung am Krieg in Kurdistan einzuschüchtern und mundtot zu machen. Das wird nicht gelingen.
Die Gruppen und Organisationen, die zur Demonstration „Freiheit für Kurdistan" aufgerufen haben, werden selbstverständlich weiter gegen diese Politik protestieren, Öffentlichkeit schaffen und sich für eine friedliche Lösung in Kurdistan einsetzen.
Wir fordern Einstellung aller Verfahren gegen die Festgenommenen !



Film und Diskussion zu Politik und Kultur:

Seit Mai 1993 zeigt der AStA der FH/Referat "Arbeit und Technik" zusammen mit KOK-Roaches (Kultur ohne Kommerz) ein regelmäßiges, kostenloses Filmprogramm.
Wir wollen ein alternatives Programm zu den bestehenden Filmangeboten der kommerziellen Kinos anbieten, wobei wir nach den Filmen auch über das Gesehene diskutieren ; also kein reines "Konsumprogramm".

Schwerpunkte in der Auswahl der Filme und Dokumentationen sind Themen wie :
* **Frauenbewegung**
* **Antifaschismus**
* **ArbeiterInnenbewegung**
* **"DritteWelt"/ Internationalismus**



* **Ökologie**
* **Filme/Reportagen zu aktuellen politischen Ereignissen**

Auch Spielfilme ohne direkten politischen Bezug gehören in unser Programm.

Da wir Euch unsere Filmauswahl nicht aufdrücken wollen, bitten wir Euch, Film- oder Themenvorschläge in unsere Arbeit einzubringen.

Wir zeigen die Filme:

* **immer Montags**
* **immer 20 Uhr**
* **immer kostenlos**

im Hörsaal H2 der Kammgarn

AUFRUF ZUR BUNDESWEITEN DEMO GEGEN ABSCHIEBEHAFT AM 2.12.95 IN KASSEL FREIHEIT FÜR DIE MEUTERER AUS DER KASSELER „ELWE"

Seit der faktischen Abschaffung des Asylrechts 1993 ist es für Flüchtlinge und MigrantInnen fast unmöglich, in der BRD aufgenommen zu werden, meist an den Grenzen bzw. am Frankfurter Flughafen werden sie von BGSlern festgehalten und abgeschoben. Den wenigen, die ins Land gelangen und diejenigen, die schon vor '93 im Land waren, wird mit rassistischen Sondergesezen, wie z.B. mit dem Asylbewerberleistungsgesetz, das Leben hier schwergemacht, sie werden rigoros und zügig abgelehnt und abgeschoben. Um zu verhindern, daß die Betroffenen sich ihre Abschiebung widersetzen, z.B. vorher „untertauchen", werden sie ihrer Freiheit beraubt und z.T. in normalen Knästen als auch in extra dafür eingerichteten Abschiebeknästen gefangengehalten.
Gegen die willkürlich verhängte Inhaftierung, gegen rassistische Behandlung und körperliche Mißhandlungen usw. wehren sich Flüchtlinge und MigrantInnen auf verschiedene Weise. Ihre Widerstandsformen reichen vom eigenmächtig verlängerten Hofgang, kollektiver Verweigerung des Essens, Hungerstreiks und Zellenzerstörung bis zu Knastaufständen, wie z.B. in Büren, Berlin und Kassel. Diesen Widerstand wollen wir mit dieser Demonstration unterstützen.
Kassel steht exemplarisch für den Umgang mit MigrantInnen und Flüchtlingen in der BRD. Die Stadt- und Landkreisverwaltung sowie die ansässigen Gerichte und Vollzugsanstalten sind andernorts Teil der von einem erheblichen Teil der Bevölkerung geduldeten und befürworteten Ausgrenzungs-, Diskriminierungs- und Abschiebungsmaschinerie. Der Aufstand von Abschiebehäftlingen in der JVA „Elwe" im Juli '94 hat die Verzweiflung der angeblich unerwünschten Flüchtlinge verdeutlicht. Am 14.7.'94 revoltierte eine große Zahl von Abschiebehäftlingen im Untersuchungs- und Abschiebeknast „Elwe". Sie nahmen einen Schließer als Geisel und forderten die freie Ausreise nach Frankreich, später die Verlegung in eine andere JVA. Am frühen Morgen des nächsten Tages stürmte die GSG 9 den „Fluchtbus" und schlug den Aufstand nieder. 26 Aufständische wurden anschließend ins Polizeipräsidium und in die JVA Wehlheiden gebracht. Hier wurden die meisten von ihnen erheblich mißhandelt. So mußten sie z.B. durch ein Spalier von 10-20 Beamten gehen und wurden während dieses „Gassenlaufens" und auf dem Weg in die Zellen schwer geschlagen und getreten, sodaß einige der Mißhandelten dauerhafte Hör- und Sehschäden davontrugen. Inzwischen sind die Prozesse gegen die Aufständischen abgeschlossen, die vor dem Jugendschöffengericht und der 1. und 6. Strafkammer des Landgerichts Kassel geführt wurden. Ein Prozeß wurde aus Mangel an Beweisen eingestellt, in allen anderen Prozessen wurden Haftstrafen zwischen 1,5 und 5,5 Jahren ausgesprochen. In zwei Fällen ging der zuständige Richter weit über das Strafmaß der Staatsanwaltschaft hinaus.
Die Prozesse wurden in Kassel kaum wahrgenommen. Die Abschiebehaft und ihre Praxis in Kassel, 23 Stunden Einschluß am Tag, mangelhafte Verpflegung, fehlende Kontaktmöglichkeiten zu Verwandten und Bekannten, vielfach nicht gewährleisteter Rechtsbeistand usw., wurde öffentlich kaum in Frage gestellt und diskutiert; die Ermittlungen gegen die mißhandelnden JVA-Beamten wurden von der Staatsanwaltschaft und der JVA-Leitung verschleppt und sind inzwischen in Vergessenheit geraten. Mit der Demonstration wollen wir diesen kollektiven Gedächtnisschwund lautstark abbauen und die algerischen Flüchtlinge unterstützen.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Ausbeutung und Zerstörung der Lebensgrundlagen in großen Teilen der Welt, von denen die Wirtschaft der Metropolen, allen voran die USA, Japan und die EU profitieren, gibt es weltweit immer mehr Flüchtlinge und MigrantInnen, die vor Kriegen und Bürgerkriegen, sexueller, rassistischer, politischer und religiöser Verfolgung fliehen oder wegen großer Armut und wirtschaftlicher Not ihr Land verlassen. Diese und andere Motive sind im Einzelfall nicht zu trennen. Die Menschen, die sich auf den Weg nach West-Europa oder sonstwohin machen, haben ein Recht darauf, auch dorthin zu kommen und zu bleiben, weil sie es wollen. Dafür wollen wir mit dieser Demonstration ein Zeichen setzen - gegen die Verantwortlichen von Diskriminierungs-, Ausgrenzungs- und Abschiebepolitik und auch gegen diejenigen, welche diesen staatlichen Rassismus unterstützen, hinnehmen oder wegschauen.

WEG MIT DEN ABSCHIEBEKNÄSTEN UND DEN RASSISTISCHEN SONDERGESETZEN !
FREIHEIT FÜR DIE MEUTERER AUS DER „ELWE" !
AUFKLÄRUNG DER MISSHANDLUNGEN UND ENTLASSUNG DER BETEILIGTEN !

FÜR DAS RECHT DER FLÜCHTLINGE UND MIGRANTINNEN, HIERHER ZU KOMMEN UND ZU BLEIBEN.

ErstunterzeichnerInnen (Stand 27.10.'95):
Kassel: AStA der GH Kassel, Autonomes Zentrum BAZILLE, Redaktion BRÜCHE, FANTIFA, Gruppe Autonomer Männer (GRAM), Iranischer Flüchtlingsrat, K.R.A.W.U.M. e.L., Libertäre Fachschaftsräte-Vollversammlung der Uni, AStA Radioforum, StudentInnengruppe Kurdistan, Göttingen: Antirassismus Plenum der Uni, Basisgruppe Geschichte, Basisgruppe Germanistik, Fachschaftsrat Historische Philosphie, SUMPF, Weitere Gruppen: Antirassistische Initiative (ARI) Berlin, AG3F Hanau, ARAK Hannover, AK Antirassismus Hannover, BIGAM Marburg,

BUCHKRITIK

Morris Beckman: The 43 Group
Antifaschistischer Kampf in Großbritannien 1946-1950

Nachdem der deutsche Faschismus militärisch geschlagen worden war, kehrten (auch) die jüdischen SoldatInnen der britischen Armee nach Hause zurück.
Dort aber breitete sich eine neue faschistische Gefahr aus: die Bewegung des Oswald Mosley, dem Gründer der "British Union of Facists", verbreitet gerade in den jüdischen Vierteln Londons durch Kundgebungen ihren Antisemitismus und ihre faschistische Ideologie.
Eine ungeheure Provokation für die Menschen, die eben aus dem Krieg zurückkamen. Da der Staat nichts gegen die Hetze unternahm (kommt sehr bekannt vor), entschlossen sich (zunächst) 43 Ex-SoldatInnen, den Faschisten militant entgegenzutreten. Einer von ihnen ist der Autor dieses Buches.
Faschistische Kundgebungen wurden angegriffen, Propaganda-Läden geplündert und die Nazi-Gruppierungen unterwandert. Die 43 Group erhielt regen Zulauf, schon bald gab es 14 Gruppen alleine in London. Die Auseinandersetzungen wurden radikaler, es kam immer öfter zu Straßenschlachten, die meistens von der Polizei beendet wurden (auch ein bekannter Aspekt).
Kaum eine faschistische Kundgebung konnte durchgeführt werden, innerhalb von 5 Jahren versank die Mosley-Bewegung in der Bedeutungslosigkeit, was wohl auch ein Erfolg der 43 Group war.
Dieser Teil der Geschichte wird von Beckman anschaulich geschildert, sein Bericht über einen bisher weitgehend unbekannten Aspekt der britischen Geschichte ist spannend und gibt einen guten Einblick in den militanten antifaschistischen Kampf, der auch heute noch wichtig ist.
Was aber in dem Buch völlig fehlt, ist die politische Auseinandersetzung mit Faschismus oder dem Staat. Auch wenn der Staat die Forderungen der 43 Group nach Verbot der faschistischen Gruppen und Propaganda ignorierte und die Polizei diese schützte, so werden noch nicht einmal Überlegungen angestellt, auch gegen diese Institutionen anzugehen. Die 43 Group war eine unpolitische Gruppe, deren einziges Ziel es war, die öffentliche Propaganda der Faschisten zu verhindern. Als dieses Ziel erreicht war, löste sich die Gruppe, die etliche hundert Mitglieder hatte, auf.
Auch wenn die politischen Zusammenhänge, etwa von Kapital und Faschismus, fehlen und nicht analysiert werden und das Buch in dieser Hinsicht unpolitisch ist, so bietet es doch auf seinen 206 Seiten eine interessante Geschichtsstunde, aus der viele Lehren auch für den heutigen antifaschistischen Kampf gezogen werden können.
Das Buch ist erschienen beim Harald-Kater-Verlag, Berlin (ISBN 3-927170-08-9) und kostet 25 DM.





Beilage zur K-BUTT Nr. 13

Während des Druckens der K-BUTT Nummer 13 fiel uns ein Artikel aus der ak (analyse & kritik - Zeitung für linke Debatte und Praxis) vom 16. November 1995, Nummer 384, in die Hände, der sich auf die Gruppen MDI(M) und PROCUP bezieht. Er konkretisiert die Kritik an beiden Gruppen, die in dem Text der Antifaschistischen Initiative Saar (siehe Seite 10 der K-BUTT) angesprochen wird. Aufgrund dieser Informationen hätten wir diesen Artikel so nicht abgedruckt. Da es zu spät war, um den Artikel rauszunehmen oder zu ergänzen, liegt jeder Ausgabe diese Beilage mit dem Text aus der ak bei. Viel mehr Informationen zu diesen Gruppen haben wir im Moment nicht; falls ihr welche beisteuern könnt, liebe Leser/innen, schickt sie uns bitte zu. Wir geben uns größte Mühe in der nächsten K-BUTT näheres dazu zu berichten.

Die Redaktion

Trittbrettfahrer der Zapatisten

„Solidarität mit dem bewaffneten revolutionären Kampf in Mexiko!" – unter diesem Slogan stand eine Reihe von Veranstaltungen, die in den letzten Wochen in verschiedenen bundesdeutschen Städten stattfanden. Die meisten Leute, die diese Kampfmeetings besuchten, dürften geglaubt haben, daß hier von der Solidarität mit der EZLN die Rede war. Aber weit gefehlt. Da die Veranstalter selbst es offenbar nicht für angebracht hielten, das Publikum über ihre Stellung innerhalb der mexikanischen Linken und insbesondere zur EZLN aufzuklären, sollen an dieser Stelle einige Worte zur Erhellung dieser obskuren Geschichte verloren werden.

Organisiert waren die Versammlungen auf deutscher Seite vom „Buchladen Georgi Dimitroff" (Frankfurt), dem „Vertrieb für internationale Literatur" und – in Berlin – von der Gruppe „Westberliner Kommunist". Kenner der westdeutschen ML-Gruppen-Restszene (ich bin keiner) werden diese einzuordnen wissen. Die mexikanische Seite war repräsentiert durch das „Movimiento Democrático Independiente MDI" (Unabhängige Demokratische Bewegung), die dem MDI angeschlossene „Frente Democrático Oriental Mexicano Emiliano Zapata FDOMEZ" (Demokratische Ostmexikanische Front ...) und andere MDI-Ableger.

Das MDI ist eine Koordination verschiedener radikaler Campesino-Organisationen. Auch marginalisierte städtische Gruppen in Mexico City gehören ihm an. In Chiapas ist ihre stärkste Gruppe die „Organización Campesina Emiliano Zapata (OCEZ)", mit Schwerpunkt im Municipio Venustiano Carranza. Der entscheidende Punkt ist jedoch: Das MDI ist nicht irgendeine Koordination, sondern die Massenorganisation des „Partido Revolucionario Obrero Clandestino Unión del Pueblo PROCUP" (Geheime Revolutionäre Arbeiterpartei Volksunion).

Nun, die Geschichte wird noch komplizierter. Die PROCUP ist – wie ihr Name schon andeutet – eine klandestine Organisation. Seit den siebziger Jahren kämpft sie bewaffnet gegen den mexikanischen Staat – mit recht bescheidenem Erfolg. Im Januar 1994, während der ersten Tage des zapatistischen Aufstandes, machte sie mit zwei Autobombenanschlägen in Mexico City – bei denen glücklicherweise niemand ernstlich verletzt wurde – von sich reden. Das MDI und die ihm angeschlossenen Gruppen agieren verhältnismäßig legal. Es gibt deshalb verständlicherweise kein öffentliches Statement dieser Organisation, mit dem sie sich als legaler Arm der PROCUP ausweist.

Ich hatte im Dezember letzten Jahres die Gelegenheit, mit zwei *dirigentes* (FührerInnen) des MDI ein ausführliches Gespräch zu führen. „Wir sind völlig parteiunabhängig und gegen alle Parteien", erklärte mir Mateo López (OCEZ). „Insbesondere sind wir gegen die PRD (Partei der Demokratischen Revolution – reformistische Mitte-Links-Oppositionspartei) und die Trotzkisten und Revisionisten in der Führung der Nationaldemokratischen Konvention (CND)." Ich machte ein Ich-bin-Journalist-und-habe-keine-Ahnung -Gesicht, und Genosse Mateo erklärte mir die Lage: Insbesondere eine Frau namens Rosario Ibarra, PRD-Abgeordnete und Trotzkistin, Präsidentin der CND, versuche das Volk zu betrügen. Ich war verblüfft. Rosario Ibarra war die erste, die sich in den siebziger Jahren in Mexiko für die Rechte der politischen Gefangenen und Verschwundenen engagiert hatte. Ihr Sohn, Mitglied der Guerrillagruppe Liga Comunista 23 de Septiembre, war bei einer Auseinandersetzung mit der Armee spurlos „verschwunden". Daraufhin gründete Rosario Ibarra das erste Komitee der Angehörigen politischer Gefangener und Verschwundener, das sich für die Rechte aller Betroffenen, unabhängig von ihrer politischen Richtung einsetzte. Das MDI gründete später ein eigenes Komitee – ausschließlich für die Gefangenen der PROCUP.

Ich diskutierte mit Leuten aus verschiedenen linken Spektren – PRD-Leuten, Trotzkisten, Anarchisten, Linkskatholiken, Feministinnen – über dieses Problem. Alle bestätigten meine Vermutung, daß das MDI die Massenorganisation der PROCUP sei. An der Gründung der CND im August 1994 hatte sich das MDI noch beteiligt. Es hatte dabei eine außerordentlich polarisierende Rolle gespielt, sich als Kern der sogenannten „Ultra"-Strömung profiliert und gegen tatsächliche und vermeintliche Reformisten und „Revisionisten" Stimmung gemacht. Im Herbst 1994 verließ die „Bewegung" die CND, um sie von nun an offen zu bekämpfen.

Die UNAM, die größte Universität Mexikos, war plötzlich voller Parolen dieser Organisation. Parolen wie z.B.: „Marcos, comprende, la lucha no se vende – Marcos, begreife, daß man den Kampf nicht verkauft". Soweit, so gut. Das Problem liegt nicht so sehr bei den politischen Vorstellungen dieser Leute. Es ist moralisch und politisch sicher unterhalb der Gürtellinie, zu behaupten, Marcos wäre ein Verräter, der das Volk betrügt. Aber wenn Leute dieser Meinung sind – nun, es ist ihr legitimes Recht, das auch zu vertreten. Perfide ist es allerdings, bei ahnungslosen Linken im Ausland von der Sympathiewelle für die EZLN profitieren zu wollen. Und im Namen der EZLN Gelder für die PROCUP zu sammeln (siehe Kasten), kann eigentlich nur noch als kriminell bezeichnet werden. Diese Methoden widersprechen dem Geist des zapatistischen Aufstands, und die EZLN hat sich mehrfach öffentlich davon distanziert. Der Aufstand der Zapatistischen Nationalen Befreiungsarmee EZLN in Chiapas hat in Mexiko und weltweit Aufmerksamkeit und Solidarität ausgelöst. In der auf Initiative der EZLN gebildeten „Demokratischen Nationalen Konvention" (CND) haben sich verschiedenste Kräfte der mexikanischen Zivilgesellschaft, der politischen Linken, Basisbewegungen, Nichtregierungsorganisationen und unabhängiger Gruppen und Einzelpersonen zusammengeschlossen, um für einen radikalen demokratischen Wandel in Mexiko zu kämpfen. Damit wurde auch ein Schritt zu einer neuen politischen Kultur der Linken unternommen: Unterschiedliche Auffassungen werden respektiert und nicht über die gemeinsamen Ziele gestellt, Avantgarde-Ansprüche einzelner Gruppen werden abgelehnt, weil Befreiung nicht die planmäßige Umsetzung des Programms einer Vorhutpartei durch die Massen, sondern nur ein gemeinsames Ziel unterschiedlichster Anstrengungen sein kann. Gerade dieser libertäre, anti-avantgardistische Charakter ist es, der der zapatistischen Rebellion die meiste Sympathie eingebracht hat.

jb, Berlin, 8.11.95.

> „Wir haben davon Kenntnis genommen, daß Personen, die von sich sagen, in der Organisation namens Geheime Revolutionäre Arbeiterpartei Volksunion (PROCUP) zu kämpfen, verschiedenenorts in Amerika aufgetreten sind, um zu erklären, daß die PROCUP Verbindungen mit der EZLN hätte und die EZLN der ‚bewaffnete Arm' der PROCUP wäre. Diese Personen haben finanzielle Mittel gesammelt, indem sie behaupteten, diese wären ‚für die EZLN' ... Die EZLN erklärt, daß sie keinerlei Verbindung mit der PROCUP hat. Die EZLN hat niemals Kontakt mit der PROCUP gehabt, noch ist sie Teil ihrer Struktur, noch hat sie irgendetwas mit ihr zu tun. Die ökonomischen Unterstützungen, die die PROCUP empfangen hat, sind in keiner Weise für die EZLN ... Wir fordern von den verschiedenen Organisationen, daß sie nicht vom Namen der EZLN Gebrauch machen, um damit ihre eigenen Interessen zu verfolgen, und aufhören zu lügen hinsichtlich der angeblichen Beziehungen mit uns, die sie – wie sie wohl wissen – nicht haben ... Wir rufen das Volk von Mexiko und die Völker der Welt auf, sich nicht übers Ohr hauen zu lassen. Wenn die EZLN Kontakte oder Abkommen mit irgendeiner Organisation hat, gibt sie es in einem öffentlichen Comunicado bekannt ..."
>
> **Comunicado der EZLN vom 3.6.1994**

Zum Spinnrädchen Prozeß

Buchstäblich in allerletzter Minute wurde uns mitgeteilt, daß ein Angeklagter im Spinnrädchen-Prozeß (siehe Seite 2-3) mit der schriftlichen Urteilsbegründung mitgeteilt bekam, daß der Staatsanwalt gegen den Freispruch Berufung eingelegt hat. Wenn diese durchkommt, können wir mit einer erneuten Auflage des Prozesses rechnen.